Bayerisches Gesetz- u. Verordnungsblatt

Nr. 30

München, den 24. Dezember

1956

Inhalt:

Kostengesetz (KG) vom 17. Dezember 1956	S. 361
Sechstes Gesetz über Zins- und Tilgungszuschüsse des Bayer. Staates zu Maßnahmen des nicht-staatlichen Wasser- und Wegebauwesens vom 17. Dezember 1956	S. 364
Verordnung über die Messungsgebühren (MessGebVO) vom 13. Dezember 1956	S. 364
Verordnung zum Vollzug des Milchgesetzes (MV) vom 14. Dezember 1956	S. 369
Verordnung zum Vollzug des Milch- und Fettgesetzes (VV MFG) vom 14. Dezember 1956	S. 381
Verordnung zum Vollzug des Gesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 17. Dezember 1956	S. 383
Verordnung über Anforderungsbehörden nach dem Bundesleistungsgesetz vom 18. Dezember 1956	S. 384
Verordnung zur Änderung der Bekanntmachung über die Vertretung des Bayerischen Staates als Drittschuldners bei Forderungspfändungen	S. 384
Verordnung über die Entschädigung für reblausverseuchte Weinberge vom 18. Dezember 1956	S. 385
Verordnung zur Ausführung des Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 17. Dezember 1956	S. 385
Bekanntmachung über die Aufhebung der Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes über gebührenpflichtige Verwarnungen durch die Polizei vom 17. Dezember 1956	S. 386
Bekanntmachung zum Vollzug der Verordnung über das Schornsteinfegerwesen vom 13. Dezember 1956	S. 386

Kostengesetz (KG)

Vom 17. Dezember 1956

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Erster Abschnitt

Verwaltungskosten

Artikel 1

(1) Die Behörden des Staates erheben für Tätigkeiten, die sie in Ausübung hoheitlicher Gewalt vornehmen (Amtshandlungen), Kosten (Gebühren und Auslagen) nach den Vorschriften dieses Abschnitts; das gleiche gilt für andere Behörden, die Amtshandlungen im staatlichen Auftrag vornehmen.

(2) Die Kosten fließen dem Staate zu; sie fließen dem Landkreis oder der Gemeinde zu, soweit sie für Amtshandlungen der Landkreise oder Gemeinden im übertragenen Wirkungskreis erhoben werden. Soweit die Landkreise oder andere Körperschaften des öffentlichen Rechts den Aufwand für Amtshandlungen von Staatsbehörden ganz oder zum Teil tragen, kann das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem beteiligten Staatsministerium bestimmen, daß ihnen die Kosten ganz oder zum Teil zufließen.

Artikel 2

(1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet, wer die Amtshandlung veranlaßt, im übrigen derjenige, in dessen Interesse die Amtshandlung vorgenommen wird.

(2) Kostenschuldner ist ferner, wer die Kosten einer Behörde gegenüber schriftlich übernommen hat oder für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(3) Kosten, die durch unbegründete Einwendungen oder sonst durch Verschulden eines Beteiligten oder eines Dritten entstanden sind, können diesem auferlegt werden.

(4) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

Artikel 3

(1) Kosten werden nicht erhoben für

1. Maßnahmen der Rechts- und Fachaufsicht;
 2. sonstige Amtshandlungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse von Amts wegen vorgenommen werden; sind sie von einem Beteiligten veranlaßt, so sind ihm dafür die Kosten aufzuerlegen, soweit dies der Billigkeit nicht widerspricht;
 3. gelegentliche Auskünfte, Ratschläge und Anregungen einfacher Art;
 4. das Verfahren über die Stundung, den Erlaß oder die Erstattung öffentlicher Abgaben;
 5. die Entscheidung über die Vorschußpflicht (Art. 15);
 6. das Verfahren über Anträge auf Unterstützungen, Beihilfen, Zuschüsse, Stipendien, Freiplätze und ähnliche Vergünstigungen sowie auf Erteilung von Armutszeugnissen und von Zeugnissen zur Festsetzung von Ruhe-, Witwen- und Waisengeld;
 7. das Verfahren in Gnadensachen;
 8. Amtshandlungen, die in beamtenrechtlichen und dienstaufsichtlichen Angelegenheiten außerhalb des verwaltungsgewaltigen Verfahrens ergehen;
 9. das Verfahren wegen Ablehnung eines Beamten.
- (2) Art. 2 Abs. 3 bleibt unberührt.

Artikel 4

(1) Von der Zahlung der Gebühren sind befreit die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern sowie die nach den Haushaltsplänen des Bundes oder des Freistaats Bayern für ihre Rechnung verwalteten öffentlichen Körperschaften, Stiftungen, Anstalten und Kassen, wenn sie nicht berechtigt sind, die Gebühr einem Dritten aufzuerlegen; nicht befreit sind die Sondervermögen, die kaufmännisch eingerichteten Betriebe (§ 15 der Reichshaushaltsordnung vom 31. Dezember 1922 — RGBl. 1923 II S. 17 —) und die betriebswirtschaftlichen Unternehmen oder Einrichtungen (§ 58 Abs. 3 der Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden vom 11. Februar 1929 — RMBl. S. 49 —) der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit die anderen deutschen Länder von der Zahlung der Gebühren befreien.

Artikel 5

(1) Die Gebührenfreiheit entbindet, soweit nichts anderes bestimmt ist, nicht von der Zahlung der Auslagen, einschließlich der Schreibaufgaben.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem beteiligten Staatsministerium bestimmen, daß auf die Erstattung der Auslagen zwischen Staatsbehörden verzichtet wird.

Artikel 6

(1) Die Höhe der Gebühren bemißt sich nach einem Kostenverzeichnis; sie ist nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung der Angelegenheit für die Beteiligten und nach ihren allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen zu bestimmen. Die Mindestgebühr beträgt 0,50 DM, die Höchstgebühr 50 000 DM; bei Wertgebühren kann die Höchstgrenze überschritten werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Benehmen mit den beteiligten Staatsministerien das Kostenverzeichnis zu erlassen.

(3) Für Amtshandlungen, die im Kostenverzeichnis nicht enthalten sind, wird eine Gebühr erhoben, die möglichst nach im Kostenverzeichnis bewerteten vergleichbaren Amtshandlungen zu bemessen ist; im übrigen gilt der in Absatz 1 vorgesehene Gebührenrahmen.

Artikel 7

Das Staatsministerium der Finanzen kann für bestimmte Arten von Fällen durch Rechtsverordnung im Benehmen mit den beteiligten Staatsministerien bestimmen, daß Kosten nicht erhoben werden, soweit ihre Erhebung unbillig wäre.

Artikel 8

Bei Rahmengebühren hat die festsetzende Behörde insbesondere den mit der Amtshandlung verbundenen Verwaltungsaufwand, die Bedeutung der Angelegenheit für die Beteiligten und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kostenschuldners zu berücksichtigen.

Artikel 9

(1) Die Gebühr wird für jede Amtshandlung erhoben, auch wenn diese mit anderen zusammen vorgenommen wird; sie wird ohne Rücksicht auf die Zahl der beteiligten Personen nur einmal erhoben.

(2) Mehrere Amtshandlungen eines Verfahrens können durch eine Gebühr abgegolten werden.

Artikel 10

(1) Bei Ablehnung eines Antrages kann die Gebühr bis auf die Hälfte ermäßigt werden; wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt, so kann die Gebühr bis auf 1,— DM ermäßigt oder erlassen werden.

(2) Wird ein Antrag zurückgenommen oder erledigt er sich auf andere Weise, bevor die Amtshandlung beendet ist, so ist eine Gebühr von einem Zehntel bis zur Hälfte der für die beantragte Amtshandlung anzusetzenden Gebühr je nach dem Fortgang der Sachbehandlung, mindestens jedoch 1,— DM zu erheben.

Artikel 11

(1) Wird ein Rechtsmittel abgewiesen, so beträgt die Gebühr im ersten Rechtsmittelverfahren das Ein- und im zweiten Rechtsmittelverfahren das Doppelte der Amtshandlungsgebühr; Artikel 10 Abs. 1 findet entsprechende Anwendung.

(2) Im Rechtsmittelverfahren hat die Gebühr nach Abs. 1 der Kostenschuldner (Artikel 2 Abs. 1) zu tragen, wenn die Amtshandlung auf Rechtsmittel eines Dritten hin aufgehoben wird.

(3) Hat das Rechtsmittel ganz oder zum Teil Erfolg, so werden keine oder entsprechend ermäßigte Kosten erhoben. Unberührt bleibt jedoch die Erhebung der für eine Amtshandlung vorgeschriebenen Kosten, wenn sie auf ein Rechtsmittel hin vorgenommen wird.

(4) Wird ein Rechtsmittel zurückgenommen, so wird eine Gebühr von einem Zehntel bis zur Hälfte der nach Abs. 1 Halbsatz 1 anzusetzenden Gebühr je nach dem Fortgang der Amtshandlung erhoben.

(5) Als Rechtsmittel gilt auch der Einspruch.

(6) Die Mindestgebühr beträgt in den Fällen der Absätze 1, 2 und 4 für das erste Rechtsmittelverfahren 7,50 DM und für das zweite Rechtsmittelverfahren 10 DM.

Artikel 12

(1) Für die auf besonderen Antrag erteilten Ausfertigungen und Abschriften werden Schreibaufgaben erhoben.

(2) Die Schreibaufgaben betragen für jede Seite 0,50 DM; angefangene Seiten werden voll berechnet. Die Schreibaufgaben werden ohne Berücksichtigung der Art der Herstellung erhoben. Wenn die Anfertigung einer Abschrift besonders zeitraubend oder kostspielig ist, können die Schreibaufgaben bis auf 5 DM für jede Seite erhöht werden. Ersatz von Aufwendungen für die besondere Ausstattung einer Urkunde ist in jedem Fall zu fordern.

(3) Die Schreibaufgaben nach Abs. 2 können bis auf 0,10 DM je angefangene Seite ermäßigt werden, wenn die Ausfertigungen und Abschriften für den Dienstgebrauch einer Behörde oder für Lehr-, Studien- oder ähnliche Zwecke erteilt werden.

Artikel 13

(1) An sonstigen Auslagen werden, soweit im Kostenverzeichnis nicht Ausnahmen vorgesehen sind, erhoben

1. die Zeugen und Sachverständigen zustehenden Entschädigungen,
2. Fernspreckgebühren im Fernverkehr, Telegramm- und Fernschreibgebühren,
3. die durch Veröffentlichung von amtlichen Bekanntmachungen entstehenden Aufwendungen,
4. die Reisekosten im Sinne der Reisekostenvorschriften und sonstige Aufwendungen bei Ausführung von Dienstgeschäften außerhalb der Amtsstelle,
5. die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zustehenden Beträge.

(2) Postsendungen können innerhalb der Bundesrepublik Deutschland als portopflichtige Dienstsache aufgegeben werden.

Artikel 14

Die Gebühren werden mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung, Auslagen sofort nach ihrer Entstehung fällig. Bedarf die Amtshandlung einer Zustellung, Eröffnung oder sonstigen Bekanntgabe, so ist sie damit beendet.

Artikel 15

(1) Für Amtshandlungen, die auf Antrag vorzunehmen sind, hat der Antragsteller einen Kostenvorschuß zu leisten. Die Behörde soll die Vornahme der Amtshandlung von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses abhängig machen.

(2) Die Behörde kann Ausnahmen zulassen, wenn dem Vorschußpflichtigen durch Verweigerung der Amtshandlung ein wesentlicher Nachteil entstehen würde oder wenn es aus sonstigen Gründen der Billigkeit entspricht. Bei Personen, die außerstande sind, ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familien notwendigen Unterhalts die Kosten vorzuschießen, darf ein Kostenvorschuß nur gefordert werden, wenn der Antrag keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet und mutwillig erscheint.

(3) Urkunden oder sonstige Schriftstücke können bis zur Bezahlung der geschuldeten Kosten zurückbehalten oder an den Kostenschuldner unter Nachnahme übersandt werden.

Artikel 16

(1) Die Kostenentscheidung ist von Amts wegen nachzuholen, wenn sie bei der Vornahme der kostenpflichtigen Amtshandlung unterblieben ist.

(2) Fehlerhafte Kostenentscheidungen können von Amts wegen von der Kostenfestsetzungsbehörde, von den übergeordneten Behörden oder auf Weisung der Fachaufsichtsbehörden geändert werden, bis der Kostenanspruch nach Artikel 17 erloschen ist. Die Führung der Fachaufsicht über die Gemeinden, Landkreise und Bezirke nach diesem Gesetz regelt sich nach den einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung; sie obliegt den Rechtsaufsichtsbehörden.

Artikel 17

Das Erlöschen der Ansprüche auf Zahlung und Erstattung von Kosten richtet sich nach den Artikeln 124 und 125 des bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Artikel 18

Kosten, die bei richtiger Sachbehandlung durch die Behörde nicht entstanden wären, werden nicht erhoben.

Artikel 19

Ist eine Amtshandlung, für die eine Gebühr nicht zu erheben wäre, nach Überzeugung der Behörde mutwillig veranlaßt worden, so hat die Behörde eine Gebühr von 20 bis 2000 DM von Amts wegen festzusetzen. Für gebührenpflichtige Amtshandlungen wird die Gebühr um die Hälfte erhöht; sie beträgt mindestens 20 DM.

Artikel 20

(1) Die Kostenentscheidung kann zusammen mit der Hauptsache oder selbständig nach Maßgabe der Vorschriften über die Verwaltungsgerichtsbarkeit angefochten werden.

(2) Die Kostenentscheidung gilt bei Zusendung mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als zugegangen, falls nicht der Zugang zu anderer Zeit nachgewiesen wird.

Artikel 21

Dieses Gesetz findet auf die Erhebung von Kosten nach anderen Vorschriften entsprechende Anwendung, soweit dort nichts Abweichendes bestimmt ist.

Artikel 22

(1) Die Gemeinden, gemeindlichen Zweckverbände, Landkreise und Bezirke können für ihre Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis Kosten erheben, die in ihre Kassen fließen. Soweit sie Kostensatzungen erlassen, sind die Gebühren nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung der Angelegenheit für die Beteiligten und nach ihren allgemeinen

wirtschaftlichen Verhältnissen zu bestimmen; sie bedürfen der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Die Artikel 2, 3, 5 Abs. 1, 6 Abs. 1 Satz 2, 8 mit 16 Abs. 1 und 17 mit 20 dieses Gesetzes finden entsprechende Anwendung.

(3) Fehlerhafte Kostenentscheidungen können von der Gemeinde, dem gemeindlichen Zweckverband, Landkreis oder Bezirk von Amts wegen bis zum Erlöschen des Kostenanspruchs (Art. 17) geändert werden; die Befugnisse der Rechtsaufsichtsbehörden bleiben unberührt.

Zweiter Abschnitt

Verwaltungsgerichtskosten

Artikel 23

(1) Bis zum Erlaß eines einheitlichen Gerichtskostengesetzes für die Verwaltungsgerichtsbarkeit gelten für Verfahren vor den Verwaltungsgerichten die Vorschriften des Ersten Abschnitts, ausgenommen die Artikel 16 Abs. 2 und 22, entsprechend. Wertgebühren und feste Gebühren erhöhen sich bei den Verwaltungsgerichten um die Hälfte, beim Verwaltungsgerichtshof auf das Doppelte. Die vorgesehenen Rahmengebühren erhöhen sich entsprechend.

(2) Richtet sich das Rechtsmittel nur gegen einen Teil der gebührenpflichtigen Amtshandlung, so kann die Gebühr entsprechend ermäßigt werden.

(3) Die Mindestgebühr beträgt für Endentscheidungen bei den Verwaltungsgerichten 50 DM, beim Verwaltungsgerichtshof 100 DM.

Artikel 24

Dem Antragsteller kann durch Gerichtsbeschuß eine Frist zur Zahlung des Kostenvorschusses gesetzt werden; auf Antrag des Vertreters des öffentlichen Interesses hat das Gericht über die Vorschußpflicht zu entscheiden. Wird der Kostenvorschuß nicht binnen der Zahlungsfrist eingezahlt, dann gilt der Antrag als zurückgenommen. Hat der Antragsteller vor Ablauf der Frist die Bewilligung des Armenrechts beantragt, so endet die Zahlungsfrist mit dem Ablauf von zwei Wochen nach Rechtskraft des den Armenrechtsantrag ganz oder teilweise ablehnenden Beschlusses.

Dritter Abschnitt

Benutzungsgebühren und sonstige Entschädigungen

Artikel 25

(1) Soweit nicht besondere Vorschriften entgegenstehen, können die Staatsregierung oder die zuständigen Staatsministerien, diese im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, Rechtsverordnungen erlassen

1. über die Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme einer staatlichen öffentlichen Einrichtung (Benutzungsgebühren); in den Rechtsverordnungen kann bestimmt werden, daß Behörden des Freistaates Bayern Benutzungsgebühren nicht in Rechnung gestellt werden;
2. über die angemessenen Entschädigungen für Bemühungen einzelner im öffentlichen Dienst stehender Personen (z. B. der Vollstreckungsbeamten, der bei Prüfungen mitwirkenden Beamten);
3. über die angemessenen Entschädigungen der in Verwaltungssachen tätigen Personen (z. B. der Zeugen, der Sachverständigen).

(2) Gebührenpflicht für kommunale Gebietskörperschaften tritt nicht ein, wenn eine staatliche öffentliche Einrichtung in Erfüllung von Staatsaufgaben in Anspruch genommen wird und die Kosten einem Dritten nicht auferlegt werden können.

(3) Die Befugnis der Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, Gebührenordnungen zu erlassen, bleibt unberührt.

Vierter Abschnitt

Aufsicht und Leitung des Kostenwesens

Artikel 26

(1) Die Kostenverwaltung steht unter der Leitung des Staatsministeriums der Finanzen.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen erläßt im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsministerien die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes, insbesondere die Kostenverwaltungsvorschriften. Es kann bestimmen, daß die nach diesem Gesetz zu erhebenden Kosten in Kostenmarken entrichtet werden.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern die Einziehung der Kosten für die Amtshandlungen der Landratsämter als Staatsbehörden den Landkreisen zu übertragen.

Fünfter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

Artikel 27

(1) Für den Bereich der Justizverwaltung findet der Erste Abschnitt dieses Gesetzes nur insoweit Anwendung, als dies in Gesetzen oder Rechtsverordnungen ausdrücklich bestimmt ist.

(2) Die Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung vom 14. Februar 1940 (RGBl. I S. 357) in ihrer geltenden Fassung bleibt unberührt.

Artikel 28

Soweit in Vorschriften des Landes auf Bestimmungen verwiesen ist, die durch Artikel 30 aufgehoben sind, treten die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes an ihre Stelle.

Artikel 29

(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten findet, soweit das Verfahren landesrechtlich geregelt ist, das Gerichtskostengesetz Anwendung, wenn nicht in Gesetzen oder in Staatsverträgen etwas anderes bestimmt ist.

(2) Im Verfahren über Streitigkeiten wegen Entschädigung bei Zwangsentziehung wird die im Gerichtskostengesetz bestimmte Beweisgebühr auch für die Anordnung einer neuen Schätzung nach Art. 21 des Gesetzes zur Ausführung der Zivilprozeßordnung und Konkursordnung erhoben.

(3) Für das Verfahren über Anträge auf Anordnung einer Sicherheitsleistung nach Art. 22 des Gesetzes zur Ausführung der Zivilprozeßordnung und Konkursordnung werden die im Gerichtskostengesetz für das Verfahren über Anträge auf Anordnung eines Arrestes oder einer einstweiligen Verfügung bestimmten Gebühren erhoben.

(4) Jedes Verfahren über die in Abs. 3 bezeichneten Anträge gilt für die Gebührenerhebung als besonderer Rechtsstreit.

Artikel 30

(1) Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. Januar 1957 in Kraft und gilt für alle Kosten, die nach diesem Zeitpunkt fällig werden.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft

1. das Kostengesetz vom 21. August 1914 (GVBl. S. 437) in der Fassung vom 16. Februar 1921 (GVBl. S. 134) mit Ausnahme des Art. 179;
2. das Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Kostenwesens vom 9. Juli 1949 (GVBl. S. 181);
3. alle übrigen Kostenvorschriften, die auf Grund des Gesetzes über das Gebührenwesen vom 18. August 1879 (GVBl. S. 903), des Kostengesetzes vom 21. August 1914 (GVBl. S. 437), des Kostengesetzes in der Fassung vom 16. Februar 1921 (GVBl. S. 134) und des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiet des Kostenwesens vom 9. Juli 1949 (GVBl. S. 181) ergangen sind, mit Ausnahme der

Verwaltungsordnung für Kosten und Geldstrafen in Bayern vom 25. April 1939 (GVBl. S. 123) und der Bayerischen Vollzugsbestimmungen zur Reichskassenordnung für die Behandlung von Kosten und Geldstrafen vom 25. April 1939 (GVBl. S. 148).

(3) Die Gültigkeit von Gebührenordnungen der in Artikel 25 bezeichneten Art bleibt bis zum Erlaß neuer Vorschriften unberührt.

München, den 17. Dezember 1956

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Wilhelm Hoegner

Sechstes Gesetz

über Zins- und Tilgungszuschüsse des Bayer. Staates zu Maßnahmen des nichtstaatlichen Wasser- und Wegebauwesens

Vom 17. Dezember 1956

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Artikel 1

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zu Lasten des Freistaates Bayern für die Dauer der Laufzeit von Darlehen Dritter weitere Zins- und Tilgungszuschüsse zu gewähren.

(2) Die Zins- und Tilgungszuschüsse dürfen gewährt werden zur Durchführung von

1. a) nichtstaatlichen Wasserbauten und Bodenkulturunternehmen,
b) wasserwirtschaftlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit Flurbereinigungsunternehmen,
c) Maßnahmen der landwirtschaftlichen Abwasserwertung für Darlehen bis zu einem Gesamtbetrag von 5,9 Mill. DM;
2. ländlichen Wegebauten (Wirtschaftswege) für Darlehen bis zu einem Gesamtbetrag von 1,0 Mill. DM;
3. a) gemeindlichen und genossenschaftlichen Wasserversorgungsanlagen,
b) Maßnahmen der Fernwasserversorgung Franken,
c) Juragruppenwasserversorgungen für Darlehen bis zu einem Gesamtbetrag von 13,4 Mill. DM;
4. öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen für Darlehen bis zu einem Gesamtbetrag von 3,8 Mill. DM;
5. Wildbach- und Lawinerverbauungen sowie Wasserbauten an öffentlichen und hochwassergefährlichen Gewässern für Darlehen bis zu einem Gesamtbetrag von 1,3 Mill. DM.

Artikel 2

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. Oktober 1956 in Kraft.

München, den 17. Dezember 1956

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Wilhelm Hoegner

Verordnung

über die Messungsgebühren (MessGebVO)

Vom 13. Dezember 1956

Auf Grund des § 8 der Verordnung über den Fortführungsvermessungsdienst vom 18. Oktober 1939 (GVBl. S. 296) erläßt das Bayer. Staatsministerium der Finanzen über die Messungsgebühren folgende Verordnung:

§ 1

(1) Die von den Parteien zu entrichtenden Messungsgebühren setzen sich aus Grundgebühren und Gebühreuzuschlägen zusammen.

(2) Besondere Barauslagen sind im vollen Betrag rückzuersetzen und den Messungsgebühren zuzurechnen.

(3) Bei Bemessung der Höhe der Gebührensätze wurde berücksichtigt, daß die Kosten für die Beteiligung der Vermessungsbeamten an den Abmarkungsgeschäften der Staatskasse zur Last fallen (Art. 25 Abs. I des AbmG).

I. Grundgebühren

a) Allgemeines

§ 2

(1) Als Grundgebühren kommen Gebühren nach Zeitaufwand (Zeitgebühren) oder Gebühren nach Tarif (Tarifgebühren) in Ansatz.

(2) Unter die Vorschriften über Zeitgebühren fallen folgende Arbeiten:

- a) die Teilungs-, Grenzermittlungs- und Baufallvermessungen in Gemeinden mit mehr als 60 000 Einwohnern;
- b) die Teilungs- und Grenzermittlungsvermessungen im Ortsgebiet (vgl. § 11 Abs. 2) von Städten, Märkten und Ortschaften mit einer Bevölkerung von 2000 — 60 000 Einwohnern;
- c) die Vermessungen von erheblichem Umfang (Anlage und Erweiterung von Eisenbahnen, Straßen, Wegen, Kanälen; Verteilung von Gemeindegründen und Verlandungsflächen; Regelung von Bach- und Flußläufen; Baulandumlegungen; Einmessung von Starkstromleitungen usw.) sowie die Vermessungen innerhalb des Bereichs von zusammenhängenden Waldgrundstücken, Weinbergen und Hopfengärten;
- d) die Grenzermittlungsvermessungen an Seen, Weihern, Eisenbahnen, Straßen, Wegen, Kanälen, korrigierten Flußläufen, Steinbrüchen, Kies-, Sand-, Mergelgruben, sofern an diesen Grundstücken nicht lediglich Teile der Grenzen gelegentlich der Grenzermittlung für anstoßende Grundstücke festgestellt werden;
- e) die Einmessung umfangreicher oder zahlreicher Bauten (Neubauten und Erweiterungsbauten) eines und desselben Besitzers auf zusammenhängenden, wenn auch durch Wege, Bäche, Gleise u. dgl. getrennten Grundflächen, die Einmessung wertvollerer Gebäude (Villen, Geschäftshäuser u. dgl.), ferner die auf Parteiantrag zu vollziehende Einmessung von Unterkellerungen;
- f) die Aufnahme von Grenzen von Nutzungsarten auf besonderen Antrag;
- g) die Grenzermittlungs- und Teilungsvermessungen, soweit sie aus Anlaß und in Verbindung mit Flurabmarkungen vorgenommen werden;
- h) die Abteilung von Fischereirechten und die Feststellung von Fischereirechtsgrenzen;
- i) die Vermessungen mit dem Zweck, eine Grundfläche von Grundstücken verschiedener Eigentümer abzutrennen und sodann im Weg der Grundstücksteilung wieder verschiedenen Eigentümern zuzuweisen (§ 5 Abs. 4);
- k) die Rückvermessungen;
- l) die Flächenfeststellungen und ähnliche Vermessungen, die eine Ausarbeitung von Veränderungsnachweisen nicht bedingen, sowie Ausarbeitungen, die keine Vermessungen erfordern, jedoch nicht die Ausarbeitung von Plänen (vgl. § 9);
- m) die Anfertigung von Veränderungsnachweisen über Stockwerkseigentum und die dingliche Regelung von Gemeinschaftsverhältnissen (vgl. Bek. v. 2. Juli 1911, FMBl. S. 490);
- n) die Vermessungen zum Zweck der Instandhaltung der Landesgrenze sowie Vermessungsarbeiten aus Anlaß von Gemeindegrenzänderungen, die nicht

in Verbindung mit Teilungsvermessungen durchgeführt werden;

o) die Vermessungen und die Gutachten aus Anlaß eines in Schwebelage befindlichen Rechtsstreits;

p) die Einmessung von Höhenfestpunkten sowie die Kleinhöhenmessungen (vgl. §§ 7, 17, 18 der Bek. v. 20. Juli 1925).

(3) Tarifgebühren kommen in Ansatz für Teilungs-, Grenzermittlungs- und Baufallvermessungen, die nicht unter Absatz 2 fallen (Tarifvermessungen).

(4) Wird eine Vermessung (z. B. eine Grenzermittlung) in Verbindung mit einer anderen (z. B. einer Teilungsvermessung) vollzogen und ist für die eine oder andere dieser Vermessungen die Gebührenermittlung nach Zeitaufwand vorgeschrieben, so sind die Gebühren für beide Vermessungen nach Zeitaufwand zu berechnen.

(5) Erfordert der Messungsvollzug einen Mehraufwand an Zeit, der durch die Parteien verschuldet ist und das gewöhnliche Maß erheblich übersteigt, so sind neben den regelmäßigen Messungsgebühren für den Mehraufwand Zeitgebühren zu verrechnen.

b) Gebühren nach Zeitaufwand

§ 3

(1) Die Zeitgebühren bemessen sich nach Arbeitsstunden. Die Stundengebühren betragen

a) im äußeren Dienst:	DM
für die Beamten (planmäßige und außerplanmäßige) des höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes und des gehobenen vermessungstechnischen Dienstes sowie für die technischen Angestellten der Vergütungsgruppen III — Va	3,—
für die Vermessungsreferendare und die Vermessungsinspektor-Anwärter	2,30
für die zur Vermessung verwendeten Gehilfen	1,50
b) im inneren Dienst:	
für die Beamten (planmäßige und außerplanmäßige) des höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes und die technischen Angestellten der Vergütungsgruppe III	2,10
für die Beamten (planmäßige und außerplanmäßige) des gehobenen und des mittleren vermessungstechnischen Dienstes sowie für die technischen Angestellten der Vergütungsgruppen IV—VII	1,80
für die Vermessungsreferendare, die Vermessungsinspektor-Anwärter, die Vermessungsassistent-Anwärter sowie für die technischen Angestellten der Vergütungsgruppe VIII	1,50
für die Beamten des Messungshelfendienstes und für sonstige Hilfskräfte	1,20

(2) Besteht Anlaß, wegen mangelnder Geschäftsgewandtheit die Stundengebühren für einen Beamten usw. auf längere Dauer oder von Fall zu Fall abzumindern, so ist die den Vermessungsämtern vorgesetzte Mittelstelle dazu ermächtigt.

(3) In den Zeitaufwand darf nur die auf das Dienstgeschäft treffende Arbeitszeit eingerechnet werden. Ist die gesamte aufgewendete Zeit geringer als eine Stunde oder ergibt sich bei der Zusammenrechnung außer vollen Stunden noch ein Bruchteil, so wird der Bruchteil zur vollen Stunde aufgerundet.

(4) Werden an einem Tag mehrere Dienstgeschäfte erledigt, wofür Zeitgebühren anzusetzen sind, so werden die Gebühren für sämtliche Arbeiten zusammen berechnet und sodann verhältnismäßig auf die einzelnen Arbeiten verteilt.

(5) Die Ausscheidung der auf die Grundstücksabmarkungen entfallenden Arbeitszeit im Geschäftstagebuch hat mit Rücksicht auf die Bemessung der Gebührensätze (§ 1 Abs. 3) zu unterbleiben.

c) Gebühren nach Tarif

§ 4

Die Tarifgebühren stellen, soweit in den nachfolgenden Vorschriften nichts anderes bestimmt ist, die Gesamtschädigung für die Erledigung eines Messungsfalls im äußeren und inneren Dienst mit Einschluß der Herstellung der Auszüge aus den Veränderungsnachweisen für den Amtsgebrauch dar.

§ 5

(1) Als Messungsobjekt im Sinn des Tarifs für Teilungsvermessungen (vgl. Anlage) gilt jene unter sich zusammenhängende Fläche, die auf Grund oder aus Anlaß eines Parteienantrags einer Vermessung nach den bestehenden Dienstvorschriften unterstellt wird. Die Fläche gilt auch dann als zusammenhängend, wenn sich (wie bei Grenzausgleichungen) die einzelnen Flächenabschnitte nur in einem Punkt berühren oder wenn sie durch Wege, Bäche u. dgl. voneinander getrennt sind.

(2) Außer dem tarifmäßigen Satz für die Gesamtfläche des Messungsobjekts ist ein Betrag von 4,50 DM bei den Grundstücken der Flächenstufen 1—5 und von 7,50 DM bei jenen der Flächenstufen 6—10 aufzurechnen, wenn von einem Grundstück oder von mehreren Grundstücken eines Eigentümers eine Fläche von bestimmter Größe (bestimmte Fläche) abzutrennen ist.

(3) Wird das Messungsobjekt geteilt, so ist der Gebühr für die Gesamtfläche der Betrag von je 7,50 DM für das zweite und jedes weitere Trennstück hinzuzurechnen; als erstes (zuschlagfreies) Trennstück ist das größte Trennstück anzusehen. Der Betrag erhöht sich auf 9,— DM bei Teilungen nach einem bestimmten Flächenverhältnis; er ermäßigt sich auf 3,— DM für Trennstücke, die zu öffentlichen Straßen und Plätzen abgetreten werden. Für Trennstücke der Flächenstufe 1 (bis 0,01 ha) sind die Beträge von 7,50 bzw. 9,— DM nur zur Hälfte aufzurechnen. Die bei Grenzausgleichungen einem Grundeigentümer zugemessenen Flächenteile gelten als ein Trennstück, soweit sie mit Grundstücken vereinigt werden, die unter sich zusammenhängen.

(4) Besteht das Messungsobjekt aus Grundflächen, die von Grundstücken verschiedener Eigentümer abgetrennt werden, so ist der Gebühr für die Gesamtfläche der Betrag von je 3,— DM für die vom zweiten und von jedem weiteren Eigentümer abzutretende Teilfläche hinzuzurechnen. Der Betrag erhöht sich auf je 6,— DM, wenn bestimmte Flächen abzutrennen sind. Wird das Messungsobjekt anschließend an die Erwerbung auch abgeteilt, so sind die Gesamtkosten nach Zeitaufwand zu berechnen (§ 2 Abs. 2 Buchst. i).

(5) In den Fällen des Abs. 3 und des Abs. 4 tritt eine Gebührenerhöhung nach Abs. 2 nicht ein.

(6) Flächenänderungen im eigenen Besitz, die durch Grundstücksteilungen veranlaßt sind, aber nicht als Grundstücksteilungen angesprochen werden können, bleiben bei der Gebührenberechnung außer Betracht, auch wenn sie die Änderung von Grenzen zwischen selbständigen Grundstücken zum Gegenstand haben. Vgl. hierzu Abs. 3.

§ 6

(1) Bei Vermessungen zum Zweck der Ermittlung von Einzelpunkten einer bestehenden Grenzlinie ist der Gebührenberechnung nach Tarif die Zahl der festgestellten Grenzpunkte (Abs. 5 Satz 1 und 2), bei Vermessungen zum Zweck der Ermittlung von bestehenden Grenzlinien die Länge der festgestellten Linie (vgl. Anlage) und die Zahl der festgestellten Grenzpunkte (Abs. 5 Satz 3) zugrunde zu legen. Die Länge der festgestellten Grenzstrecke ergibt sich als Summe der Entfernungen zwischen den neu bestimmten, unmittelbar aufeinanderfolgenden Grenzpunkten eines Messungsobjekts.

(2) Müssen Grenzzeichen aus besonderen Gründen, z. B. wegen bestehender Grenzzeichenlinien (Steinlinien), von den Grenzecken zurückgesetzt werden, so treten an die Stelle der in Wegfall kommenden Umfangsmaße die Entfernungen zwischen den zurückgesetzten Grenzzeichen.

(3) Werden nur Teilstrecken der Grenzen eines Messungsobjekts festgestellt, so sind die nach Abs. 1 und 2 sich ergebenden Entfernungen zusammenzurechnen. Die einzelnen Teilstrecken werden selbständig tarifiert, wenn die außer Rechnung bleibende Zwischenstrecke mehr als 100 m beträgt. Hierbei darf jedoch die Summe der Einzelgebühren jenen Betrag nicht übersteigen, der sich für die Teilstrecken mit Einschluß der Zwischenstrecken berechnen würde.

(4) Erstreckt sich die Grenzermittlungsvermessung auf mehrere aneinander grenzende Grundstücke und liegen die ermittelten Grenzpunkte in Grenzzeichenlinien, so sind auch die Grenzstrecken zwischen den Grenzzeichenlinien in die zu tarifierende Grenzlinie einzurechnen. Handelt es sich hierbei um die Feststellung der Grenzen von langgestreckten, geradlinig begrenzten Grundstücken, so sind die Gebühren nach Abs. 5 Satz 1 und 2 zu berechnen.

(5) Die Gebühr für den Einzelpunkt beträgt 7,50 DM. Werden am gleichen Messungsobjekt mehrere Einzelpunkte festgestellt, so ermäßigt sich die Gebühr für den zweiten bis fünften Punkt auf 4,50 DM und für jeden weiteren Punkt auf 3,— DM. Bei der Ermittlung von Grenzlinien ist außer dem Satz für die Grenzlänge für jeden festgestellten Grenzpunkt eine Gebühr von 0,80 DM aufzurechnen.

(6) Sind im Zusammenhang mit Grenzermittlungsvermessungen Flächenberechnungen zufolge Parteienantrags durchzuführen, so ist die tarifmäßige Gebühr für die Grenzermittlungsvermessung voll, die Gebühr für die Flächenberechnung nach dem Flächentarif, und zwar zu einem Fünftel, in Aufrechnung zu bringen.

§ 7

(1) Als Gebühren für Baufallvermessungen sind aufzurechnen:

	DM
a) für die Einmessung des Hauptgebäudes eines neu erbauten Anwesens	13,50
b) für die Einmessung jedes weiteren freistehenden Gebäudes, das innerhalb des neu erbauten Anwesens errichtet wurde und dessen Grundfläche mindestens 0,005 ha groß ist	6,—
c) für die Einmessung sonstiger freistehender Gebäude, deren Grundfläche mindestens 0,005 ha groß ist, ferner für die Einmessung neu errichteter Kleinwohnungsbauten	7,50
d) für die Einmessung sonstiger Neubauten und baulicher Änderungen an bestehenden Gebäuden	3,80

(2) Sind innerhalb eines bestehenden Anwesens mehrere Neubauten oder bauliche Änderungen zur gleichen Zeit einzumessen, so wird nur eine Gebühr, bei Verschiedenheit der Tarifsätze die höhere, erhoben, für jede außer Ansatz bleibende Gebühr aber der Betrag von 1,50 DM aufgerechnet.

(3) Werden Gebäude oder Gebäudeteile abgebrochen und wieder aufgebaut, so ist, wenn die Aufnahme der beiden Baufälle gleichzeitig erfolgt, nur die Aufrechnung der Gebühr für die Einmessung des Neubaus zulässig.

(4) Für die Einmessung oder Besichtigung baulicher Änderungen, die ohne Einfluß auf Karte und Kataster bleiben, kommen Gebühren nicht in Ansatz.

§ 8

Werden am gleichen Messungsobjekt verschiedene Tarifvermessungen (z. B. Grenzermittlungs- und Baufallvermessungen) in Verbindung miteinander gleichzeitig vorgenommen, so sind von den für die ein-

zelen Vermessungen sich berechnenden Gebühren die höheren voll, die übrigen nur zur Hälfte anzusetzen.

§ 9

Für das gebührenpflichtige Herrichten der Abzeichnungen*) der Flurkarten (Ergänzen auf den neuesten Stand, Färben, Eintragen von Flurstücksnummern u. dgl.) sowie für das Anfertigen von Kartierungen und von Abschriften der Auszüge aus Veränderungsnachweisen sind die im RdErl. d. RMdI vom 1. 8. 1942 Nr. VIa 8505/42 — 6831 III (Betr. Einsicht in das Reichskataster, Erteilung von Abzeichnungen und Abschriften) festgesetzten Gebührensätze maßgebend. Zu diesen Gebührensätzen ist ein Zuschlag von 50 v. H. zu erheben. Gebührensuschläge gemäß der nachfolgenden §§ 10 bis 12 dürfen nicht aufgerechnet werden.

II. Gebührensuschläge

a) Zuschlag für den allgemeinen sächlichen Aufwand

§ 10

(1) Als Vergütung für den allgemeinen Sach- und Verwaltungsaufwand sind für alle Vermessungen und vermessungstechnischen Arbeiten 100 v. H. der nach §§ 3—8 sich berechnenden Grundgebühren anzusetzen.

(2) In der nach Abs. 1 sich berechnenden Vergütung ist auch die Entschädigung für die den Veränderungsnachweisen, den Auszügen aus den Veränderungsnachweisen für den Amtsgebrauch und den Rissen über Grenzermittlungsvermessungen beizugebenden Flurkartenabdrucke, Planpausen und Handzeichnungen inbegriffen.

b) Ortszuschlag

§ 11

(1) Der Ortszuschlag wird festgesetzt

a) für Vermessungen im Ortsgebiet von Gemeinden

1. bis zu 5000 Einwohnern auf	20 v. H.
2. mit über 5000 bis zu 10000 Einwohnern	auf 40 v. H.
3. mit über 10000 bis zu 20000 Einwohnern	auf 50 v. H.
4. mit über 20000 bis zu 30000 Einwohnern	auf 60 v. H.
5. mit über 30000 bis zu 40000 Einwohnern	auf 70 v. H.
6. mit über 40000 bis zu 50000 Einwohnern	auf 80 v. H.
7. mit über 50000 bis zu 60000 Einwohnern	auf 90 v. H.
8. mit über 60000 bis zu 80000 Einwohnern	auf 100 v. H.
9. mit über 80000 bis zu 100000 Einwohnern	auf 110 v. H.
10. mit über 100000 Einwohnern auf	120 v. H.

der Grundgebühren (§§ 3—9);

b) für Vermessungen außerhalb des Ortsgebiets jeweils auf die Hälfte des unter Buchst. a) bezeichneten Zuschlags.

(2) Als Ortsgebiet gilt die hauptsächlich von Gebäuden, Hofräumen und eingefriedigten Garten- und ähnlichen Grundstücken eingenommene Fläche eines Gemeindegebiets sowie die hieran sich anschließende allernächste Umgebung. Einzelanwesen, die als Einöden anzusprechen sind, sowie kleinere Ortschaften, die zum Gebiet einer Gemeinde mit über 5000 Einwohnern gehören, vom eigentlichen Ortsgebiet der Gemeinde aber in größerer Entfernung getrennt liegen, zählen nicht zum Ortsgebiet im Sinn dieser Vorschriften.

(3) Gehört eine zu vermessende Fläche zu mehreren Gemeinden, die verschiedenes eingestuft sind, so ist für die Berechnung des Ortszuschlags jene Ge-

*) Unter Abzeichnungen werden — unabhängig von der Art der Herstellung — alle Vervielfältigungen von Karten oder Ausschnitten von Karten verstanden.

meinde maßgebend, in der der größere Teil der Fläche liegt.

(4) Für Arbeiten, die einen äußeren Dienst nicht erfordern, ist der Ortszuschlag einheitlich für das ganze Gemeindegebiet nach Abs. 1 Buchst. b) in Ansatz zu bringen.

(5) Die in eine Stadt mit mehr als 20000 Einwohnern eingemeindeten Gebiete können bei Bemessung des Ortszuschlags von den vorgesetzten Mittelstellen der Vermessungsämter in eine niedrigere als die der Einwohnerzahl entsprechende Stufe eingereiht werden, solange sie nicht mit dem bebauten Stadtbezirk in einem engeren Zusammenhang stehen und solange ihnen die öffentlichen Einrichtungen der Stadt nicht voll zugute kommen.

(6) Kur- und sonstige Fremdenorte, dann Vororte größerer Städte, ferner Hopfen-, Tabak-, Zuckerrüben- und Gemüesfelder sowie Baugründe, Weinberge, schlagbare Waldungen und Grundstücke mit wertvollen Bodenschätzen können von den vorgesetzten Mittelstellen der Vermessungsämter in eine höhere als die der Einwohnerzahl entsprechende Stufe eingereiht werden. Wird für Kur- und sonstige Fremdenorte sowie für Vororte größerer Städte allgemein eine höhere Einstufung verfügt, so ist gleichzeitig zu bestimmen, daß für alle Vermessungsarbeiten, die von der Gemeinde zum Zweck der Erfüllung öffentlicher Aufgaben veranlaßt werden, sowie für solche, die lediglich die Grenzregelung zwischen landwirtschaftlichen Anwesen zum Gegenstand haben, eine Erhöhung des Ortszuschlags nicht einzutreten hat.

c) Dringlichkeitszuschläge

§ 12

(1) Werden Vermessungsarbeiten oder Abmarkungen auf Antrag und nach Belehrung der Parteien über die erwachsenden Mehrkosten in vordringlicher Weise vollzogen, so ist für die vordringliche Erledigung ein besonderer Zuschlag (Dringlichkeitszuschlag) zu entrichten. Bei Vermessungsarbeiten, die äußeren und inneren Dienst erfordern, erstreckt sich der Zuschlag nur auf den äußeren Dienst.

(2) Bei Vermessungen oder Abmarkungen beträgt der Dringlichkeitszuschlag 15,— DM. In der für die Messungsvornahme ungünstigen Jahreszeit (16. November bis 15. Februar) erhöht sich dieser Zuschlag auf 25,— DM. Erstreckt sich eine Dringlichkeitsvermessung auf mehr als einen Tag, so erhöht sich der Dringlichkeitszuschlag für jeden weiteren angefangenen Tag um 6,— DM, in der für die Messungsvornahme ungünstigen Jahreszeit um 10,— DM. Der Gesamtdringlichkeitszuschlag für ein Messungsgeschäft darf jedoch den Betrag von 200,— DM nicht überschreiten.

(3) Bei Vermessungen von Kleinwohnungsbauten darf der Dringlichkeitszuschlag den Betrag von 8,— DM nicht übersteigen.

(4) Wird zur Ausführung einer Dienstreise, die zur Erledigung eines vordringlichen Dienstgeschäfts vorgenommen wird, ein Fuhrwerk oder ein Kraftfahrzeug von den Beteiligten kostenlos zur Verfügung gestellt, so ist für die Tage der Hin- und Rückfahrt der Dringlichkeitszuschlag um den halben Betrag, für die Tage der Hin- oder Rückfahrt um je ein Viertel des Betrags zu ermäßigen.

(5) Für die vordringliche Ausarbeitung von Veränderungsnachweisen über Vermessungen, die im regelmäßigen Geschäftsgang vollzogen wurden, ferner für die vordringliche Erledigung von Arbeiten, die einen äußeren Dienst nicht erfordern, aber einen Zeitaufwand von mehr als vier Arbeitsstunden verursachen, beträgt der Dringlichkeitszuschlag 4,— DM. Erstreckt sich die Ausarbeitung auf mehr als einen Tag, so erhöht sich der Dringlichkeitszuschlag für jeden weiteren angefangenen Tag um 2,— DM. Die Gesamterhöhung darf jedoch den Betrag von 20,— DM nicht überschreiten.

III. Rückersatz besonderer Barauslagen § 13

(1) Bei Verwendung eines zweiten Gehilfen, der nicht unmittelbar von den Parteien entlohnt wird (unständiger Gehilfe, Messungshilfsarbeiter), sind den Messungsgebühren, mögen sie nach Tarif oder nach Zeitaufwand berechnet werden, die Barauslagen (Entlohnung, etwaige Reisekosten usw.) zuzurechnen, die für den Gehilfen anfallen. Wird als zweiter Gehilfe ausnahmsweise ein Gehilfe des Vermessungsamts verwendet, so kommen für ihn Stundengebühren nach § 3 Abs. 1 und die hierauf treffenden Gebührensuschläge in Ansatz.

(2) Zu den rückzusetzenden Barauslagen zählen auch die Fernsprech-, Telegraphen- und besonderen Postgebühren, soweit sie nicht für den amtlichen Verkehr mit anderen Behörden anfallen, ferner die Kosten des von den Vermessungsämtern bereitgestellten Versicherungsmaterials.

IV. Besondere Bestimmungen

§ 14

(1) Ergeben sich bei der Aufrechnung der vollen Gebührensätze in einzelnen Fällen für die Kostenpflichtigen empfindliche Härten, so sind die den Vermessungsämtern vorgesetzten Mittelstellen ermächtigt, in besonders berücksichtigungswerten Fällen, die Gesamtgebühren bis zur Hälfte nachzulassen. Nachlässe, die auf Grund dieser Bestimmung von den Vermessungsämtern für geboten erachtet werden, sind am Schluß der Gebührenzusammenstellungen vorzutragen und kurz zu begründen.

(2) Für Vermessungen und Ausarbeitungen zum Zweck der Regelung der Rechtsverhältnisse aus Anlaß von genossenschaftlichen Kulturunternehmungen sind die Grundgebühren um 50 v. H. zu ermäßigen. Diese Ermäßigung tritt jedoch nicht ein bei den Gebühren für Arbeiten nach § 9.

§ 15

(1) Bei Gebührenbefreiung sind die Auslagen der Staatskasse zu erstatten.

(2) Befreit von Messungsgebühren sind Vermessungsgeschäfte, die mit der Durchführung von Siedlungs- u. ä. Angelegenheiten (vgl. § 29 des Reichs-siedlungsgesetzes vom 11. August 1919 — RGBl. S. 1429, Kap. II § 20 des Vierten Teils der Dritten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 — RGBl. I S. 537, § 14 der Verordnung vom 10. März 1937 — RGBl. I S. 292, § 34 des Reichsheimstättengesetzes vom 25. November 1937 — RGBl. I S. 1291, § 172 der Ersten Verordnung über Wasser- und Bodenverbände vom 3. September 1937 — RGBl. I S. 933, § 25 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 — RGBl. I S. 821, Nr. 39 der Bestimmungen über die Förderung der Kleinsiedlung (KSB) vom 14. September 1937 und 23. Dezember 1938 — RAnz. Nr. 214 vom 16. 9. 1937 und Nr. 303 vom 29. 12. 1938) im unmittelbaren Zusammenhang stehen.

(3) Als Auslagen sind zu verrechnen:

- als Aufwandsentschädigung für jede zur Erledigung des Messungsantrags an Ort und Stelle aufgewendete Arbeitsstunde des ausführenden Beamten 2,30 DM, des Messungsgehilfen 1,50 DM,
- die tatsächlichen Auslagen für die Messungshilfsarbeiter und sonstige Aushilfskräfte bei der Messungsvornahme,
- die tatsächlichen Auslagen für die Beförderung der Meßgeräte sowie für die Beschaffung des Materials zur Punktversicherung,
- die Post- und Fernsprechgebühren,
- als Vergütung für die Abnützung der Messungsinstrumente und für den allgemeinen Materialverbrauch 50 v. H. der nach Buchst. a—c sich berechnenden Ausgaben.

Entstehen bei Aufrechnung der Barauslagen nach Buchst. a—e in besonderen Fällen höhere Kosten als bei der Aufrechnung der bestimmungsgemäßen Messungsgebühren, so sind letztere aufzurechnen.

V. Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 16

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31. Dezember 1956 werden aufgehoben die FMBek. vom 3. Dezember 1926 Nr. 35 800, FMBI. S. 62, die FMBek. vom 9. Juni 1928 Nr. 26 555, FMBI. S. 19, die FMBek. vom 2. November 1928 Nr. 47 060, FMBI. S. 56, die FMBek. vom 27. April 1932 Nr. IV 15 725, FMBI. S. 33, die FMBek. vom 22. März 1933 Nr. IV 11 169, FMBI. S. 13, die FMBek. vom 4. August 1933 Nr. IV 33 764, FMBI. S. 16, die FMBek. vom 6. Juli 1939 Nr. IV 18 940, FMBI. S. 33, die FMBek. vom 14. Oktober 1940 Nr. IV 18 634, GVBl. S. 204, die FMBek. vom 2. Dezember 1942 Nr. IV 15 884^{II}, GVBl. S. 117, die FMBek. vom 1. April 1949 Nr. IVa 19 267, FMBI. S. 155, die FMBek. vom 21. August 1953 GVBl. S. 169.

(3) Für Arbeiten, die vor dem 1. Januar 1957 begonnen wurden, aber erst nach dem 31. Dezember 1956 abgeschlossen werden, sind die Gebühren nach den Vorschriften dieser Verordnung zu berechnen

- bei der Aufrechnung von Zeitgebühren nur für die Arbeitsleistung in der Zeit nach dem 31. Dezember 1956,
- bei der Aufrechnung von Tarifgebühren für alle Arbeiten, die nach dem 31. Dezember 1956 abgeschlossen werden. Hierbei gelten Grenzermittlungen als abgeschlossen, wenn die Grenze vollständig abgesteckt ist.

§ 17

Für außergewöhnliche Fälle behält sich das Staatsministerium der Finanzen vor, die Messungsgebühren abweichend von den Vorschriften dieser Bekanntmachung zu regeln.

München, den 13. Dezember 1956

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
gez. Zietsch, Staatsminister

Anlage

Messungsgebühren-Tarif

Stufe	Bei Teilungsvermessungen für ein Messungsobjekt mit einer Fläche				Gebühr DM	Bei Grenzermittlungsvermessungen für ein Messungsobjekt mit einer zu tarifierenden Grenzlänge				Gebühr DM
	von mehr als		bis			von mehr als	bis			
	ha	a	ha	a			m	m		
1	—	—	0	01	9	—	50	10		
2	0	01	0	05	12	50	100	13		
3	0	05	0	10	15	100	150	16		
4	0	10	0	20	18	150	200	19		
5	0	20	0	40	22	200	300	22		
6	0	40	0	70	27	300	400	26		
7	0	70	1	00	32	400	500	30		
8	1	00	1	50	37	500	650	35		
9	1	50	2	00	45	650	800	40		
10	2	00	2	50	54					

Grundstücksteilungen und Grenzermittlungsvermessungen zählen zu den umfangreichen Arbeiten im Sinne des § 2 Abs. 2 Buchst. c dieser Bekanntmachung, wenn die der Neuaufnahme unterliegende Fläche mehr als 2,5 ha oder die Länge der festzustellenden Grenzstrecke mehr als 800 m, bei der Ermittlung der Außengrenzen eines zusammenhängenden Grundbesitzes (eines Gutes, eines Baugeländes, einer Waldung u. dgl.) mehr als 400 m beträgt.

Verordnung zum Vollzug des Milchgesetzes (MV)

Vom 14. Dezember 1956

Inhaltsübersicht

Abschnitt I		
Zuständigkeit und Verfahren		Seite
§ 1	Oberste Landesbehörde	369
§ 2	Zuständige Behörde	369
§ 3	Erlaubnisverfahren	369
Abschnitt II		
Allgemeine Anforderungen an die Personen, Ställe und Geräte		
§ 4	Allgemeine Bestimmungen	369
§ 5	Gesundheitszustand des Personals	370
§ 6	Beschaffenheit des Stalles; Verwendung von Melkmaschinen	370
§ 7	Geräte	370
Abschnitt III		
Vollmilch		
§ 8	Vollmilch	370
Abschnitt IV		
Vorzugsmilch		
§ 9	Allgemeine Anforderungen	370
§ 10	Genehmigungspflicht	370
§ 11	Beschaffenheit und Zusammensetzung von Vorzugsmilch	371
§ 12	Beschaffenheit und Pflege des Stalles	371
§ 13	Gesundheitszustand der Kühe	371
§ 14	Tierärztliche Überwachung	372
§ 15	Fütterung, Haltung und Pflege der Kühe	372
§ 16	Gesundheitszustand des Personals	372
§ 17	Melken	372
§ 18	Behandlung der Vorzugsmilch	373
§ 19	Beförderung der Vorzugsmilch	373
Abschnitt V		
Bearbeitung und Verarbeitung der Milch		
§ 20	Begriffsbestimmungen der Bearbeitungs- und Verarbeitungsstellen	373
§ 21	Milchbehandlung beim Züger	374
§ 22	Bearbeitungspflicht	374
§ 23	Ausnahmen	374
§ 24	Verfahren	374
§ 25	Aushang	374
§ 26	Hoherhitzung, Dauererhitzung und Kurzzeiterhitzung	375
§ 27	Keimzahl	375
§ 28	Abfüllung in Gefäße oder Behältnisse	375
§ 29	Räume der Milchsammelstellen	375
§ 30	Einrichtungen der Milchsammelstellen	375
§ 31	Verwendung und Reinigen der Geräte der Milchsammelstellen	376
§ 32	Herstellung von Milcherzeugnissen und Lieferung von Trinkmilch	376
§ 38	Ausschließliche Herstellung von Milcherzeugnissen	376
§ 34	Verantwortlichkeit des Betriebsinhabers	376
§ 35	Baupolizeiliche Genehmigung	376
§ 36	Ausnahmen	376
Abschnitt VI		
Abgabe der Milch		
§ 37	Abgabe von Milch durch Milcherzeuger an Verbraucher	377
§ 38	Milchgroß- und Milchkleinhandel	377
§ 39	Erlaubnisverfahren	377
§ 40	Zuverlässigkeit, Sachkunde und Gesundheit der Unternehmer und Gehilfen	378
§ 41	Einrichtung und Räume zum Ladenverkauf	378
§ 42	Mindestmenge	379
§ 43	Festsetzung der Mindestmenge	379
§ 44	Mindestmenge der Altunternehmen	379
§ 45	Verkauf der Milch außerhalb der Läden	379
Abschnitt VII		
Überwachung des Verkehrs mit Milch		
§ 46		380
Abschnitt VIII		
Strafbestimmungen		
§ 47		380
Abschnitt IX		
Schlußbestimmungen		
§ 48	Inkrafttreten	380

Auf Grund des Milchgesetzes (MG) vom 31. Juli 1930 (RGBl. I S. 421) i. d. Fassung des § 33 des Gesetzes über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) i. d. Fassung vom 10. Dezember 1952 (RGBl. I S. 811) u. d. zum Vollzug der Ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes (AV) vom 15. Mai 1931 (RGBl. I S. 150) i. d. Fassung der Verordnungen vom 8. Dezember 1933 (RGBl. I S. 1062), vom 3. April 1934 (RGBl. I S. 399), vom 20. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1267), vom 31. März 1937 (RGBl. I S. 431), vom 12. Juni 1939 (RGBl. I S. 1011) und vom 23. Januar 1941 (RGBl. I S. 101) sowie zum Vollzug der Fünften Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes i. d. Fassung der Achten Ausführungsverordnung (8. AV) vom 23. Januar 1941 (RGBl. I S. 101) wird hiermit bestimmt:

Abschnitt I

Zuständigkeit und Verfahren

§ 1

(1) „Oberste Landesbehörde“ ist das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten („Staatsministerium“).

(2) Die lebensmittel-aufsichtliche Überwachung des Verkehrs mit Milch obliegt dem Staatsministerium des Innern.

(3) Das nach Abs. 1 oder 2 zuständige Staatsministerium trifft seine Anordnungen im Benehmen mit den jeweils beteiligten Staatsministerien.

§ 2

Zuständige Behörde

„Zuständige Behörde“ ist die Kreisverwaltungsbehörde; sie ist zum Vollzug des Milchgesetzes und der hierzu ergangenen Ausführungsvorschriften zuständig, soweit nicht andere Behörden oder Stellen für zuständig erklärt werden.

§ 3

Erlaubnisverfahren

(1) Gegen Entscheidungen der zuständigen Behörde im Verfahren nach den §§ 14, 15 und 17 MG ist die Anfechtungsklage nach § 38 Abs. 2 VGG mit § 18 Abs. 2 MG gegeben.

(2) Die zuständige Behörde hat vor ihrer Entscheidung einen Ausschuß, dem je ein Sachverständiger aus den Kreisen der Milcherzeuger, Milchbearbeiter, Milchhändler und Verbraucher angehört, einzuberufen und zu hören. Die Sachverständigen werden von der Kreisverwaltungsbehörde auf Vorschlag der Organisationen der Milcherzeuger, Milchbearbeiter, Milchhändler und Verbraucher berufen.

Abschnitt II

Allgemeine Anforderungen an die Personen, Ställe und Geräte

§ 4

Allgemeine Bestimmungen

Für die Gewinnung der Vollmilch und der übrigen im § 1 AV aufgeführten Milchsorten sowie für den Verkehr mit ihnen gelten die Vorschriften der §§ 6, 7 und 13 MG, der §§ 15 bis 19 AV und die nachstehenden Bestimmungen.

§ 5

Gesundheitszustand des Personals

Zu § 13 MG.

(1) Für Personen, die in Molkereien oder in Milchgroß- und -kleinhandelsbetrieben bei der Be- und Verarbeitung oder der Abgabe der Milch tätig sind,

ist bei der Einstellung von dem Betriebsinhaber Antrag auf amtsärztliche Untersuchung zu stellen. Das amtsärztliche Zeugnis hat nachzuweisen, daß Erscheinungen im Sinne des § 13 MG nicht vorliegen. Dies gilt entsprechend für das Personal in Milchsammelstellen, soweit diese Milch nicht nur in kleineren Mengen unmittelbar an die Verbraucher abgeben. Für die Personen, die in den Molkereien und Milchgroßhandelsbetrieben mit der Be- und Verarbeitung der Milch nach der Erhitzung tätig sind, ist die amtsärztliche Untersuchung jährlich zu wiederholen. In Werkmilch-Molkereien, die keine Erhitzung durchführen, ist das mit der Be- und Verarbeitung der Milch beschäftigte Personal ebenfalls jährlich amtsärztlich zu untersuchen. Die Kosten für die Untersuchung trägt der Betrieb.

(2) Die amtsärztlichen Zeugnisse sind vom Betriebsinhaber aufzubewahren und auf Verlangen den gemäß § 6 des Lebensmittelgesetzes mit der Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln beauftragten Personen vorzulegen.

(3) Zeigen sich bei Personen, die bei der Gewinnung der Milch oder sonst im Verkehr mit Milch tätig sind, Erscheinungen im Sinne des § 13 Abs. 1 MG, so hat der behandelnde Arzt dies unter Hinweis auf den Milchbetrieb sofort der Kreisverwaltungsbehörde anzuzeigen, sofern die Anzeige nicht bereits auf Grund der Vorschriften über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten erstattet ist. Das gleiche gilt für Ärzte, die in amtlicher Eigenschaft von solchen Erscheinungen erfahren.

(4) Die Verwendung und die Tätigkeit von Personen der in Abs. 1 und 3 bezeichneten Art, bei denen Erscheinungen im Sinne des § 13 Abs. 1 MG bestehen, ist für die Dauer dieses Zustandes durch die Kreisverwaltungsbehörde zu verbieten. Die Namen der Bazillenträger sind dem Arbeitsamt durch den Amtsarzt zu melden.

(5) Personen, die an Typhus, Paratyphus, Ruhr oder offener Tuberkulose erkrankt waren oder mit Personen zusammenwohnen, die an diesen Krankheiten leiden oder die Erreger solcher Krankheiten ausscheiden, dürfen bei der Gewinnung der Milch oder im Verkehr mit ihr nur mit Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde tätig werden. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn in einem vom Bewerber beizubringenden amtsärztlichen Zeugnis keine Bedenken erhoben werden.

(6) Werden Typhus, Paratyphus, Ruhr oder offene Tuberkulose in einem der Gewinnung von Milch oder dem Verkehr mit ihr dienenden Betrieb festgestellt und können die Erkrankten nicht wirksam abgesondert werden, so hat die Kreisverwaltungsbehörde für die Dauer der Gefahr das Inverkehrbringen von Milch aus diesen Betrieben zu verbieten. Gleiches gilt, wenn in einem solchen Betrieb Bazillenträger festgestellt werden.

(7) Personen mit Krankheiten im Sinne des § 13 Abs. 3 MG sind für die Dauer der Krankheit vom milchwirtschaftlichen Betrieb durch den Unternehmer fernzuhalten.

§ 6

Beschaffenheit des Stalles; Verwendung von Melkmaschinen

Zu § 15 AV

(1) Alle Stallungen müssen die Gewähr für saubere Milchgewinnung bieten. Lauf- und Freiluftstallungen sind nur in Verbindung mit einem gesonderten Melkstand und bei Verwendung von genügend Einstreu zulässig.

(2) Bei der Verwendung von Melkmaschinen ist folgendes zu beachten:

1. Vor der Verwendung von Melkmaschinen müssen die Tiere auf Eutererkrankungen untersucht sein;
2. Die Melkmaschinen müssen nach jedem Gebrauch mittels eines wirksamen Verfahrens unter Verwendung geeigneter Reinigungs- und Entkeimungsmittel behandelt und an einem luftigen, trockenen Ort aufbewahrt werden.

(3) Neu- und Umbauten von Stallungen müssen den hierfür erlassenen Richtlinien entsprechen.

§ 7

Geräte

Zu § 3 Nr. 3 Buchst. d, § 5 und § 19 AV.

(1) Im Verkehr mit sowie bei der Be- und Verarbeitung von Milch dürfen nur Geräte und Gegenstände verwendet werden, die aus einem in § 3 AV nicht verbotenen Metall (z. B. Aluminium nichtrostender Stahl) bestehen oder ausreichend verzinkt oder mit einem Überzug von Emaille oder Aluminium versehen sind.

(2) Weiter sind zugelassen:

1. Stahlwalzen zur Milchtrocknung,
2. Vakuumpumpe und ihre Zuleitungen aus Kupfer, sofern sich derartige Anlagen bereits in Betrieb befinden. Bei Neuanschaffungen darf Kupfer nicht mehr verwendet werden.
3. Satten aus Holz in der Emmentalerkäseerei.

Abschnitt III

Vollmilch

Zu § 5 MG und zu § 1 Abs. 2 Nr. 1 und § 10 Nr. 5 AV

Art. 8

Vollmilch

(1) Vollmilch ist das ungeteilte Gemelke mit einem Mindestfettgehalt von 3,4 v. H. Der Fettgehalt bestimmt sich nach der „Butyrometrischen Fettbestimmung“ (Säuremethode) in Milch — Grundlage Methode nach N. Gerber“.

(2) Milch, die den Mindestfettgehalt nach Abs. 1 nicht erreicht, darf nur der Be- und Verarbeitung zugeführt werden.

Abschnitt IV

Vorzugsmilch

Zu den §§ 5, 6, 7 und 37 MG und zu den §§ 1 Abs. 2 Nr. 3 und 15 bis 19 AV.

§ 9

Allgemeine Anforderungen

(1) Für die Gewinnung der Vorzugsmilch und den Verkehr mit ihr sind die Vorschriften der §§ 6 und 7 MG, der §§ 15 bis 19 AV und die Bestimmungen dieses Abschnittes maßgebend.

(2) Die ganze Tierhaltung mit Einschluß der Fütterung untersteht auf Kosten des Betriebsinhabers der ständigen Aufsicht eines Tierarztes.

(3) Milchwirtschaftliche Betriebe, die Vorzugsmilch gewinnen, dürfen von anderen Betrieben keine Milch zukaufen.

§ 10

Genehmigungspflicht

(1) Wer Vorzugsmilch erzeugen will, bedarf der Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde. Diese hat den Regierungsmolkereirat, das Gesundheitsamt und den Amtstierarzt zu hören. Die Genehmigung kann befristet, widerruflich oder unter Auflagen erteilt werden.

(2) Der Erzeuger von Vorzugsmilch hat der Kreisverwaltungsbehörde den Namen des aufsichtsführenden Tierarztes (§ 9 Abs. 2) anzuzeigen.

(3) Soll die Vorzugsmilch über eine Molkerei oder über Milchgeschäfte verkauft werden, so hat der

Erzeuger in seinem Genehmigungsantrag auch anzugeben, über welche Molkerei oder Milchgeschäfte die Milch an die Verbraucher abgegeben werden soll. Ebenso haben die Molkerei oder der Milchhändler, die Vorzugsmilch an Verbraucher verkaufen, der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde dies unter Angabe des Lieferers anzuzeigen. Das gleiche gilt bei einem Wechsel der belieferten Molkerei oder des Milchgeschäftes.

(4) Ein Erzeuger von Vorzugsmilch, der außerhalb der Betriebsstätte die Milch unmittelbar an Verbraucher absetzen will, bedarf dazu der Genehmigung nach § 17 MG. Setzt er die Vorzugsmilch außerhalb des Bereichs der die Abgabe genehmigenden Kreisverwaltungsbehörde ab, so hat er auch die Kreisverwaltungsbehörde des Lieferortes zu verständigen.

(5) Die Genehmigung kann widerrufen werden, wenn die Bestimmungen über die Erzeugung, Behandlung und Beförderung der Vorzugsmilch verletzt werden. Sie ist zu widerrufen, wenn die Zuwiderhandlung trotz Beanstandung fortgesetzt wird oder wenn Vorzugsmilch bei der Abgabe durch den Erzeuger

1. die Anforderungen des § 11 Abs. 3 Satz 1 nicht erfüllt oder
2. den Keim- sowie Coligehalt nach § 11 Abs. 2 Satz 3 bei der amtlichen Untersuchung (§ 11 Absatz 4) in drei Monaten hintereinander überschreitet oder den vorgeschriebenen Mindestfettgehalt wiederholt unterschreitet oder
3. wenn die Vorschriften über den Gesundheitszustand der Kühe (§ 13) und über den Gesundheitszustand des Personals (§ 16) verletzt werden.

§ 11

Beschaffenheit und Zusammensetzung der Vorzugsmilch

(1) Vorzugsmilch darf nicht erhitzt werden. Sie darf in der Regel nicht früher als am Vorabend der Abgabe an den Verbraucher gemolken sein. Ausnahmsweise kann die Kreisverwaltungsbehörde auch die Abgabe von Frühmilch des Vortages gestatten, wenn infolge besonderer Verhältnisse eine raschere Abgabe dieser Milch nicht durchführbar ist.

(2) Bei der Methylenblauprobe darf die Entfärbung nicht vor Ablauf von 5 $\frac{1}{2}$ Stunden eintreten; an deren Stelle ist auch die Resazurinprobe zulässig.

(3) Die Vorzugsmilch darf keine auf den Menschen übertragbaren Krankheitserreger enthalten. Die Gesamtkeimzahl darf bei der Abgabe an den Verbraucher 100 000 Keime im ccm nicht überschreiten. Der Coli-Titer muß in 0,1 ccm negativ sein.

(4) Die Vorzugsmilch muß den allgemein erlassenen Gütebestimmungen für Frischmilch genügen; an den für diese vom Staatsministerium oder den damit beauftragten Stellen vorgeschriebenen regelmäßigen Güteprüfungen haben sich auch die Vorzugsmilchbetriebe durch Einsenden von Milchproben zu beteiligen.

§ 12

Beschaffenheit und Pflege des Stalles

(1) Der Stall muß folgenden Anforderungen entsprechen:

1. Die Höhe des Stalles, die Bodenfläche und die Fensterflächen müssen in einem günstigen Verhältnis zueinander und zur Zahl der Kühe stehen. Die Fenster sollen möglichst groß sein und müssen den Stall ausreichend erhellen.
2. Die Stallwände sind bis zu einer Höhe von mindestens 2 m mit einem abwaschbaren Belag oder Anstrich zu versehen, im übrigen sind Wände und Decken gut zu verputzen und jährlich mindestens zweimal mit Kalkmilch anzustreichen.
3. Der Fußboden des ganzen Stalles muß wasserundurchlässig und leicht zu reinigen sein.

4. Die Jaucherinne ist an ihrer Einmündung in die Jauchegrube mit einem Geruchverschluss zu versehen. Die Jauchegrube darf sich nicht im Innern des Stalles befinden.

5. Der Stall muß wirksam be- und entlüftet werden können, außerdem muß einwandfreies, laufendes Wasser vorhanden sein. Die Wände, der Fußboden, die Jaucherinnen und die Krippen sind täglich mit Wasser zu reinigen.

6. Für das Stallpersonal müssen Waschvorrichtungen in größerer Zahl angebracht sein; Seife, Handbürsten und saubere Handtücher müssen daneben bereitgehalten werden.

7. Die Futterkrippen müssen undurchlässig und leicht zu reinigen sein.

8. Der Stall muß so ausreichend elektrisch beleuchtet sein, daß der Melker ungehindert arbeiten kann.

9. Futter darf nicht im Stall sondern nur in einem eigenen vom Stall getrennten Raum gelagert bzw. zur Fütterung vorbereitet werden.

(2) Die Stall ist täglich zweimal, die Krippen sind nach jeder Fütterung zu reinigen. Als Streu dürfen nur nichtgebrauchtes, einwandfreies Stroh oder sonstige gut aufsaugende, nicht staubende Streumittel verwendet werden. Die Reinigung und das Einstreuen darf nicht während des Melkens oder kurz vorher vorgenommen werden. Zur Reinigung dürfen riechende Mittel nicht verwendet werden.

(3) Auf die Freihaltung des Stalles von Fliegen und anderem Ungeziefer ist besonders Bedacht zu nehmen.

(4) Im Stall dürfen neben Vorzugsmilchkühen und deren krankheitsverdächtigen Kälbern sowie dem angehörten Bullen andere Tiere nicht gehalten werden.

(5) Bei Lauf- und Freiluftstallungen muß der Melkstand sinngemäß den Anforderungen der Absätze 1, 2 und 3 entsprechen. Bei den Einrichtungen dieser Stallungen kann die Kreisverwaltungsbehörde nach Anhörung des Amtstierarztes und des Regierungsmolkereirates von einzelnen Bestimmungen der Absätze 1 und 2 Befreiung erteilen.

(6) Bei Anbinde-Stallungen kann eine Befreiung von einzelnen Bestimmungen des Abs. 1 erteilt werden, wenn ein räumlich getrennter Melkstand im Sinne des Abs. 5 Satz 1 vorhanden ist.

§ 13

Gesundheitszustand der Tiere

(1) Der Gesundheitszustand der Tiere ist von dem Tierarzt (§ 9 Abs. 2) regelmäßig zu überwachen. Der Bestand muß als staatlich tuberkulosefrei anerkannt sowie frei von Mastitis, von seuchenhaftem Verkälben sowie von Bakterien der Enteritisgruppe sein.

(2) Der Betriebsinhaber hat über den Bestand und die Zu- und Abgänge ein Bestandsbuch zu führen (Anlage 1). Die Kühe sind durch dauerhafte Ohrmarken zu kennzeichnen. Auf einer Kopftafel sind die Nummer der Kuh, der Zeitpunkt des letzten Abkalbens und die Milchleistung anzugeben. In dem Bestand ist die Milch- und Fettleistungsprüfung durchzuführen.

(3) Neu hinzukommende Tiere sind vor der Einstellung in den Vorzugsmilchbestand von dem überwachenden Tierarzt auf die im Abs. 1 genannten Krankheiten zu untersuchen. Erkrankungen sind ihm sofort mitzuteilen.

(4) Zur Vorzugsmilchgewinnung dürfen nur Kühe verwendet werden,

1. die, soweit sie frischmelkend sind, vor mindestens 14 Tagen gekalbt haben und, soweit sie altmelkend sind, täglich noch zweimal gemolken werden und insgesamt mindestens noch drei Liter Milch geben;

2. deren Gesundheitszustand die Beschaffenheit der Milch nicht nachteilig beeinflussen kann (§ 3 MG) und Schutzmaßnahmen (§ 4 MG) nicht erfordert.

(5) Kühe, die bei der intracutanen Tuberkulinprobe positiv reagieren, bei denen Tuberkulose der Lunge, des Euters, der Gebärmutter oder des Darmes oder eine Infektion mit dem Erreger des seuchenhaften Verkalbens (Banginfektion der Rinder) oder mit Bakterien der Enteritisgruppe festgestellt ist oder die einer dieser Krankheiten verdächtig sind, die am gelben Galt leiden oder deren Milch mikroskopisch nachgewiesenen Galteiter enthält, oder die an chronischem Ausfluß aus den Geschlechtsorganen leiden, sind sofort aus dem Bestand zu entfernen. Das gleiche gilt sinngemäß für Bullen und Kälber des Bestandes.

(6) Krankheitsverdächtige Tiere (Abs. 5) dürfen erst dann wieder in den Bestand zurückgebracht werden, wenn nach tierärztlicher Begutachtung der Grund für die Entfernung aus dem Bestand weggefallen ist.

(7) Herrscht in dem Bestand eine andere anzeigepflichtige Tierseuche, so darf bis nach Aufhebung der polizeilichen Schutzmaßnahmen Milch dieses Bestandes nicht als Vorzugsmilch in den Verkehr gebracht werden.

(8) Kühe, die an vorübergehenden, weniger erheblichen Erkrankungen leiden, sind für die Dauer der Erkrankung gesondert zu stellen und von der Gewinnung von Vorzugsmilch auszuschließen.

§ 14

Tierärztliche Überwachung

(1) Ein Bestand, in dem Vorzugsmilch gewonnen wird, ist in folgender Weise regelmäßig tierärztlich zu überwachen:

1. Alle drei Monate sind die Milchkühe klinisch auf alle Krankheiten zu untersuchen, die die Beschaffenheit der Milch nachteilig beeinflussen können (§ 4 MG) oder Schutzmaßnahmen im Sinne des § 4 MG notwendig machen. Zweimal im Jahr sind damit Untersuchungen im Rahmen des staatlich gelenkten Tuberkulosebekämpfungsvorganges nach den hierfür geltenden Bestimmungen zu verbinden; eine Untersuchung ist durch den zuständigen Amtstierarzt durchzuführen. Für die Untersuchungen auf Tuberkulose gilt die Anweisung in Anlage E der Bekanntmachung über den Vollzug des Viehseuchengesetzes vom 27. 4. 1912 (GVBl. S. 403).
2. Zwischen zwei klinischen Untersuchungen ist der Bestand unvorhergesehen einmal zu überprüfen. Dabei genügen die Besichtigung des Bestandes und das Befragen des Tierbesitzers. Geben Tiere zur Beanstandung Anlaß, so sind sie klinisch zu untersuchen und Mischmilchproben nach Nr. 3 einzusenden.
3. Bei jeder regelmäßigen klinischen Untersuchung (Nr. 1) ist eine Mischmilchprobe von allen Kühen zu entnehmen und zur Untersuchung an die zuständige staatliche Veterinäruntersuchungsanstalt einzusenden. In größeren Beständen sind Mischmilchproben von je 10 Tieren zu entnehmen. Die Kosten für Laboratoriumsuntersuchungen trägt der Tierbesitzer.
4. Das Ergebnis der Untersuchungen der eingesandten Milchproben wird dem überwachenden Tierarzt und dem Amtstierarzt durch die Untersuchungsanstalt mitgeteilt. Der überwachende Tierarzt hat den Tierbesitzer hiervon zu unterrichten und zur Behebung etwaiger Beanstandungen die erforderlichen Maßnahmen vorzuschlagen.
5. Bei den Untersuchungen und Überprüfungen des Bestandes sind auch die Beschaffenheit und Pflege des Stalles, die Pflege und Fütterung der Kühe, das Melken, die Behandlung der Milch und die

Beschaffenheit der Einrichtungen und Gegenstände, die mit der Milch in Berührung kommen, zu überprüfen.

6. Die wesentlichen Ergebnisse der Überwachung sind durch den Tierarzt an Ort und Stelle in ein im Vorzugsmilchbetrieb aufliegenden Nachschaubuch für Zwecke der Nachprüfung einzutragen.

(2) Abs. 1 Nr. 1 und 2 gilt sinngemäß für Bullen und Kälber des Bestandes.

(3) Der Amtstierarzt hat die Vorzugsmilchbetriebe gelegentlich anderer Dienstgeschäfte zu überwachen.

§ 15

Fütterung, Haltung und Pflege der Kühe

(1) Die Fütterung der Kühe ist in folgender Weise durchzuführen:

1. Im Sommer sind sie möglichst auf gesunden, trockenen Weiden zu halten, in der kalten Jahreszeit täglich möglichst eine Stunde ins Freie zu lassen.
 2. Im Stall darf nur außerhalb der Melkzeit gefüttert werden. Zur Fütterung dürfen nicht verwendet werden Futtermittel, die verdorben (ranzig, schimmelig, faulig, muffig), minderwertig oder verfälscht sind, die Durchfall oder andere Verdauungsstörungen erzeugen oder der Milch einen ungewöhnlichen Geruch oder Geschmack verleihen, wie gesäuerte oder gegorene Futtermittel aller Art, Obstrester, Küchenabfälle, Kohlblätter, Futtermittel tierischer Herkunft (Fleischmehl, Blutmehl, Fischmehl, Molke) sowie Viehpulver oder Geheimmittel.
 3. Zugelassen sind zur Fütterung: Getreideschrot, Getreidefuttermehle und Getreidekleie, ferner von Ölkuchenarten: Soja-, Palmkern-, Kokos-, Lein- und Erdnußkucheneinmehl. Weiter sind zugelassen gesunde, gut gereinigte Zucker-, Runkel-, Kohl- und Mohrrüben bis zu 30 kg täglich. An Stelle von Rüben darf gesundes Silofutter, dessen Herstellung von der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz überwacht und als „sehr gut“ befunden worden ist, in Mengen bis zu 30 kg verabreicht werden. Treber und Schlempe darf nur mit Genehmigung der Regierung verfüttert werden; die Genehmigung kann für den Einzelfall erteilt werden, wenn hygienische Belange nicht entgegenstehen.
- (2) Den Weisungen des Tierarztes über die Fütterung ist Folge zu leisten. Fütterungsübergänge dürfen nur allmählich vorgenommen werden.
- (3) Die Tiere sind täglich nach Beendigung des Melkens gründlich zu putzen. Bei stärkerer Verunreinigung des Körpers sind die schmutzigen Stellen mit warmem Seifenwasser und den sonstigen erforderlichen Reinigungsmitteln zu säubern und wieder trockenzureiben.

§ 16

Gesundheitszustand des Personals

Für Vorzugsmilchbetriebe gelten die Anforderungen des § 5. Außerdem ist das Freisein des Personals von Erscheinungen, die die Beschaffenheit der Milch nachteilig beeinflussen können, insbesondere von Erscheinungen im Sinne des § 13 Abs. 1 und 3 MG vor der Einstellung und dann alljährlich durch eine amtsärztliche Untersuchung sicherzustellen.

§ 17

Melken

Für das Melken gelten die Vorschriften der §§ 3 Nr. 3, 17 und 19 AV und folgende Bestimmungen:

1. Beim Melken ist die Schwanzquaste durch Klammer oder Schnur festzuhalten. Die ersten Strahlen aus jeder Zitze müssen zur Prüfung der Beschaffenheit der Milch abgemolken werden. Diese Milch darf nicht unter die Vorzugsmilch kommen.

2. Das Melken hat nach der Allgäuer Melkmethode zu erfolgen. Durch das Melkpersonal ist der Besuch eines Viehhaltungskurses und — sofern eine Melkmaschine verwendet wird — der erfolgreiche Besuch eines Melkmaschinenlehrganges nachzuweisen. Das Naßmelken, Strippen und Knebeln ist verboten; dagegen ist die Verwendung eines geruchlosen, guten Milchfettes gestattet.
3. Zur Gerinnung der Milch dürfen nur Gefäße verwendet werden, die den Anforderungen des § 3 AV entsprechen. Melkmaschinen sind nur dann zugelassen, wenn ihre gründliche Reinigung und Entkeimung nach jedesmaligem Gebrauch und ihre sorgfältige Instandhaltung gewährleistet sind. Das Vor- und Nachmelken hat mit der Hand zu geschehen.
4. Der Zustand der Euter ist zur rechtzeitigen Erkennung von Euterkrankheiten sorgfältig zu beobachten.

§ 18

Behandlung der Vorzugsmilch

(Reinigung, Kühlung, Verpackung, Aufbewahrung)

(1) Die Vorzugsmilch ist sofort nach der Gewinnung auf kürzestem Weg in den Milchbehandlungsraum zu bringen. Sie darf vorher nicht in andere Gefäße umgefüllt werden.

(2) Der Milchbehandlungsraum darf nur zur Behandlung der Vorzugsmilch verwendet werden. Im übrigen gelten die Vorschriften des § 18 AV und folgende Bestimmungen:

1. Der Milchbehandlungsraum muß ausreichend belichtet sein. Er soll mindestens 24 qm groß sein. An den Fenstern sind Fliegengitter so anzubringen, daß das Öffnen der Fenster möglich ist, ohne daß die Fliegengitter entfernt werden müssen.
 2. Der Fußboden muß mit so starkem Gefälle angelegt sein, daß das Wasser von selbst abläuft.
 3. Die Wände müssen bis zur Höhe von 1,5 m mit abwaschbarem hellen Anstrich oder Belag versehen sein.
 4. Gegenstände, die wiederholt mit Milch in Berührung kommen, dürfen nur in einem gesonderten Waschraum gereinigt werden. Er muß die erforderlichen Reinigungseinrichtungen (Flaschen-, Kannen-, Reinigungs-, Entkeimungs- und Trocknungsvorrichtungen) besitzen. In ihm sind auch die gereinigten Gegenstände zu hinterstellen.
 5. Dampferzeuger dürfen nicht im Milchbehandlungsraum stehen. Der Dampfkesselraum muß mindestens 10 qm umfassen.
 6. Im Milchbehandlungsraum und in dem gesonderten Waschraum müssen heißes Wasser, am besten Dampf und einwandfreies kaltes Wasser zur Verfügung stehen. Für die im Milchbehandlungsraum beschäftigten Personen muß eine ausreichende Waschgelegenheit vorhanden sein.
 7. Sofern kein gesonderter Kühlraum vorhanden ist, muß der Milchbehandlungsraum mit einem ausreichenden, selbsttätigen Kühlschranks versehen sein.
 8. Die Kreisverwaltungsbehörde kann nach Anhörung des Amtstierarztes und des Regierungsmolkereirates eine Befreiung von einzelnen Bestimmungen der Nr. 1 bis 7 erteilen.
- (3) Die Milch ist im Milchbehandlungsraum durch Wattefilter zu filtern. Die Filter sind nach Bedarf zu erneuern. Einmal gebrauchte Filter dürfen nicht mehr verwendet werden.
- (4) Nach dem Filtern ist die Milch unter Verwendung geeigneter Kühler bis auf mindestens + 5° C zu kühlen und möglichst in einem Arbeitsgang mit selbsttätigen Vorrichtungen auf keimfrei gemachte Originalpackungen (Glasflaschen, Pergapackungen u. ä.) abzufüllen. Pappscheibenverschlüsse dürfen nicht verwendet werden. An Großverbraucher kann die Milch bei Bezug von mindestens 10 Litern statt in

Glasflaschen auch in gut instandgehaltenen, keimfrei gemachten, plombierten Behältnissen abgegeben werden; diese müssen den Anforderungen des § 9 MG und § 21 AV entsprechen. Die abgefüllte Milch muß bis zur Beförderung in Kühlschränken oder Kühlräumen bei höchstens + 5° C aufbewahrt werden.

(5) Auf der Außenseite oder auf dem Verschluss der Flaschen und Behältnisse muß deutlich die Bezeichnung „Rohe Vorzugsmilch“ angebracht sein. Daneben kann in kleinerer Schrift die weitere Bezeichnung „Kindermilch“, „Säuglingsmilch“ oder eine andere gleichsinnige Bezeichnung angegeben werden. Weiter müssen der Name des Erzeugers, der Ort und der Wochentag der Gewinnung angegeben sein.

(6) Vorzugsmilch darf als solche auch zum Genuß an Ort und Stelle nur in den verkaufsfertigen, unverletzten Originalpackungen des Erzeugers abgegeben werden.

§ 19

Beförderung der Vorzugsmilch

Die Beförderung der Vorzugsmilch von der Betriebsstätte des Erzeugers bis zum Abnehmer oder zur Bahnstation darf nur in gut geschlossenen, gegen Wärme geschützten und gefederten Milchwagen erfolgen.

Abschnitt V**Bearbeitung und Verarbeitung der Milch**

Zu den §§ 6, 7, 9, 12 und 52 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c MG und zu den §§ 1 Abs. 3 Nr. 2, 13, 18, 19, 23, 29 und 30 Abs. 1 AV.

§ 20

Begriffsbestimmungen der Bearbeitungs- und Verarbeitungsstellen

(1) Milchlieferstellen im Sinne dieser Bestimmungen sind die Erzeugerbetriebe, die die darin gewonnene Milch an andere abgeben oder selbstgewonnenen Rahm an Milchsammel- oder Milchverarbeitungsstellen abliefern.

(2) Milchsammelstellen im Sinne dieser Bestimmungen sind milchwirtschaftliche Unternehmen, die Milch oder Rahm mehrerer Erzeugerbetriebe annehmen und sie lediglich kühlen.

(3) Milchverarbeitungsstellen im Sinne dieser Bestimmungen sind milchwirtschaftliche Unternehmen, die Milch oder Rahm bearbeiten und verarbeiten oder nur verarbeiten. Milchverarbeitungsstellen sind auch die sogenannten Ausgleichsbetriebe der Trinkmilchversorgung, ferner die Rahmstationen, die Milch aus Milchlieferstellen entrahmen und den Rahm an Milchverarbeitungsstellen weiterliefern, endlich auch die Käse- und Käselagerbetriebe.

(4) Abfüllbetriebe (§ 9 Abs. 3 MG) sind die Betriebsstätten der Milchverarbeitungsstellen, wenn sie sich mit dem Abfüllen von Milch oder Rahm in Gefäße oder Behältnisse im Sinne des § 9 Abs. 1 MG befassen. Diese Bearbeitungsstätten müssen je nach der Art des Betriebes mit den erforderlichen Einrichtungen (§§ 29, 30, 32 und 33) versehen sein. Ob diese vorhanden sind, entscheidet die Kreisverwaltungsbehörde nach Anhörung des Regierungsmolkereirates.

(5) Milchverarbeitungsstellen dürfen die Bezeichnungen Molkerei, Meierei, Sennerei führen, wenn sie im Durchschnitt eines Jahres täglich mindestens 500 Liter Milch oder Rahm bearbeiten oder verarbeiten und wenn die hierfür erforderliche technische Einrichtung vorhanden ist (§ 29 Abs. 1 AV). Bei Berechnung dieser Durchschnittsmenge sind Alpbetriebe und die zu ihnen gehörenden Talbetriebe als wirtschaftliche Einheit anzusehen.

(6) Die Milchverarbeitungsstellen dürfen die Bezeichnung Milchwerk, Milchhof, Milchzentrale, Milch-

fabrik, Butterwerk, Butterzentrale oder einen ähnlichen Namen, der auf einen größeren als den in Abs. 5 genannten Betrieb schließen läßt, nur führen, wenn sie im Durchschnitt eines Jahres täglich mindestens 10 000 Liter Milch oder den aus dieser Milchmenge gewonnenen Rahm bearbeiten oder verarbeiten.

§ 21

Milchbehandlung beim Erzeuger

Zu den §§ 6, 7 und 12 MG und zu den §§ 17 und 23 AV.

(1) Der Erzeuger hat die Milch sofort nach dem Melken unter Verwendung von Filtern oder Zentrifugen zu reinigen. Milch, die nicht unmittelbar nach dem Melken und anschließendem Reinigen zu einer Sammelstelle oder Molkerei gebracht oder an der Betriebsstätte des Erzeugers unmittelbar an Verbraucher abgegeben wird, ist bis zur Abgabe auf mindestens + 14° C zu kühlen und kühlzuhalten. Die für die Käseerei bestimmte Milch braucht auf Verlangen des Milchkäufers nicht gefiltert und gekühlt zu werden, wenn sie unmittelbar nach dem Melken in die Käseerei geliefert wird.

(2) Die von dem Erzeuger gemäß Abs. 1 vorbehandelte Milch ist täglich auf kürzestem Weg der Milchsammel- oder Milchverarbeitungsstelle zuzuführen. Zum Transport sind die Milchkanen auf erhöhten Milchbänken bereitzustellen und vor unmittelbarer Sonneneinstrahlung und Verschmutzung zu schützen.

(3) Die Milchsammelstellen, die Milchverarbeitungsstellen, die Milchgroßhändler und die ihnen nach § 38 Abs. 4 gleichgestellten Milchkleinhändler haben die Milch zu reinigen und nach der Vorschrift des § 30 Abs. 2 zu kühlen und kühl zu halten.

§ 22

Bearbeitungspflicht

Zu den §§ 4, 6, 7, 8, 12 und 54 MG und zu den §§ 4, 5, 13, 17 und 23 AV.

(1) Milchsammelstellen Molkereien und sonstige milchbe- und verarbeitende Betriebe sowie Milchhändler dürfen Vollmilch, Trinkmilch, entrahmte Frischmilch und Rahm zum Verbrauch nur dann abgeben, wenn diese Erzeugnisse vor der Abgabe ordnungsgemäß bearbeitet wurden. Die Bearbeitung umfaßt eine sachgemäße Reinigung, Erhitzung und Tiefkühlung nach einem gemäß §§ 1 Abs. 3 Nr. 2 b und 23 AV sowie §§ 21 und 26 dieser Verordnung anerkannten Reinigungs-, Erhitzungs- und Tiefkühlungsverfahren.

(2) Für die ordnungsgemäße Bearbeitung der Erzeugnisse im Sinne des Abs. 1 ist der Betriebsinhaber verantwortlich, der die Erzeugnisse an den Handel oder an Verbraucher (§ 38 Abs. 1, 3 und 4) abgibt; die gleiche Verantwortung obliegt seinem Betriebsleiter. Diese Verpflichtung trifft den abgebenden Betriebsinhaber und Betriebsleiter auch dann, wenn die Bearbeitung der Erzeugnisse vereinbarungsgemäß ganz oder teilweise von einem anderen Betrieb vorzunehmen ist.

(3) In Kantinen, Milchhäuschen, Schulen, Bürohäusern sowie auf Bahnhöfen und Sportplätzen darf Milch zum Genuß an Ort und Stelle nur bearbeitet abgegeben werden. Dies gilt nicht für Vorzugsmilch, die in unverletzten Originalpackungen verarbeitet wird. Trinkhalme dürfen nur in verschlossener Umhüllung vorrätig gehalten und abgegeben werden.

§ 23

Ausnahmen

(1) In Gemeinden, getrennten Gemeindeteilen oder Stadtrandgebieten ohne Milchhandelsgeschäft kann Milchsammelstellen und Milchverarbeitungsstellen (§§ 20, 32 Abs. 2), die berechtigt sind, einen be-

schränkten örtlichen Bedarf an Trinkmilch oder entrahmter Trinkmilch zu decken (§ 3 Abs. 3 VVMFG), eine Abgabe von Milch unter Befreiung von der Bearbeitungspflicht nach § 22 gestattet werden.

(2) In Gemeinden, getrennten Gemeindeteilen oder Stadtrandgebieten mit Milchhandelsgeschäften kann auch diesen der Bezug und die Abgabe von Milch unter Befreiung der Bearbeitungspflicht nach § 22 gestattet werden.

(3) Die Genehmigung nach Abs. 1 und 2 kann erteilt werden,

1. wenn eine ordnungsgemäße Versorgung der Verbraucher mit molkereinäßig bearbeiteter Milch nicht sichergestellt werden kann, und
2. die Milch aus namentlich zu bezeichnenden Erzeugerbetrieben stammt, die staatlich als tuberkulosefrei anerkannt sind oder dem staatlich gelenkten, freiwilligen Tuberkulosebekämpfungsverfahren angeschlossen und — in beiden Fällen — einer laufenden regelmäßigen tierärztlichen Überwachung unterstellt sind (§ 37 Abs. 2). Von diesen Anforderungen kann teilweise oder ganz abgesehen werden, wenn ihre Erfüllung wegen der örtlichen Verhältnisse nicht möglich ist; ab 1. 1. 1958 ist jedoch die Genehmigung auf staatlich als tuberkulosefrei anerkannte Betriebe zu beschränken.

(4) Die Milch ist gesondert aufzubewahren und deutlich als Rohmilch zu kennzeichnen (§ 25).

§ 24

Verfahren

(1) Die Regierung genehmigt auf Antrag durch Einzelverfügung die Befreiung von der Bearbeitungspflicht. Vor der Entscheidung über den Antrag hat sie den Amtstierarzt, das Gesundheitsamt und den Regierungsmolkereirat zu hören. Die Genehmigung kann auf bestimmte Arten der Abgabe beschränkt sowie befristet und mit Auflagen erteilt werden. Sie kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen für die Befreiung wegfallen, die gesetzten Auflagen nicht erfüllt wurden oder eine Veränderung der allgemeinen Verhältnisse dies erfordert. Sobald die Möglichkeit besteht, spätestens ab 1. 1. 1958, ist die Genehmigung auf staatlich als tuberkulosefrei anerkannte Betriebe zu beschränken.

(2) Dem Antrag auf Befreiung von der Bearbeitungspflicht und auf Genehmigung zur Abgabe von Rohmilch ist beizufügen:

1. eine Begründung,
2. ein Verzeichnis der Lieferbetriebe, deren Milch als Trinkmilch zur Abgabe kommen soll,
3. für jeden Lieferbetrieb nach Nr. 2 ein Nachweis nach § 23 Abs. 3 Nr. 2.

(3) Sobald ein Lieferbetrieb nach Abs. 2 Nr. 2 die nach § 23 Abs. 3 Nr. 2 erforderlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt, hat dies der Amtstierarzt der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde mitzuteilen.

(4) Die Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 sind auch bei Anträgen auf Belieferung von Anstalten (wie Krankenhäuser, Altersheime, Schülerinternate) mit Rohmilch sinngemäß anzuwenden. Für anstalts-eigene landwirtschaftliche Betriebe, die in der gleichen Stadt oder Gemeinde gelegen sind, kann die Genehmigung zur Belieferung der Anstalten unter den Bedingungen des § 37 durch die zuständige Kreisverwaltungsbehörde erteilt werden.

§ 25

Aushang

Soweit gemäß § 23 für bestimmte Betriebe Ausnahmen von der Erzeugungspflicht zugelassen oder genehmigt wurden, haben diese an der Abgabe-

stelle einen deutlich sichtbaren Hinweis mit folgendem Wortlaut anzubringen:

Rohmilch.

Die in diesem Betrieb ausgegebene Milch ist nicht erhitzt. Sie soll daher vor dem Genuß abgekocht werden.

§ 26

Hoherhitzung, Dauererhitzung und Kurzeiterhitzung

Zu den §§ 4 und 12 MG und zu § 1 Abs. 3 Nr. 2 und § 4 AV.

(1) Zur Hoherhitzung, Dauererhitzung und Kurzeiterhitzung der Milch dürfen nur einzeln genehmigte Einrichtungen verwendet werden.

(2) Maßgebend für die Genehmigung, den Betrieb und die Überwachung der Erhitzungseinrichtungen ist die Bekanntmachung der Staatsministerien des Innern und für Wirtschaft vom 22. 11. 1935 (GVBl. S. 756) über Milcherhitzungseinrichtungen i. d. Fassung vom 23. 4. und 7. 8. 1936 (GVBl. S. 80 und 152).

§ 27

Keimzahl

Die bearbeitete Milch darf unmittelbar nach Durchführung des Bearbeitungsverfahrens bei sachverständiger Probenahme einen von den beteiligten Staatsministerien festgesetzten Keimgehalt nicht überschreiten.

§ 28

Abfüllung in Gefäße oder Behältnisse

Zu § 9 MG und § 21 AV.

(1) In verkaufsfertigen Packungen darf Milch nur als Vorzugsmilch oder als pasteurisierte Milch in den Verkehr gebracht werden. Dabei darf die Milch unter Beachtung der hierfür bestehenden Bestimmungen auch homogenisiert und vitaminisiert werden. Die Abfüllung ist nur den in § 20 Abs. 4 genannten Betrieben gestattet. Auf der Packung ist gut lesbar auch der Tag der molkereimäßigen Abfüllung anzugeben.

(2) Wenn aus betriebstechnischen Gründen die Auslieferung der verkaufsfertigen Packungen an den Handel am Abfülltag nicht möglich ist, kann auf der Packung anstelle des Abfülltages der Tag der Auslieferung durch den Abfüllbetrieb angegeben werden, sofern die Auslieferung spätestens innerhalb 24 Stunden nach der Anlieferung der Milch an den Abfüllbetrieb erfolgt.

§ 29

Räume der Milchsammelstellen

Zu den §§ 6 und 7 MG und § 18 AV.

Die Räume der Milchsammelstellen dürfen nur bestimmungsgemäß benützt werden. Für sie gelten die Vorschriften des § 18 AV und folgende Bestimmungen:

1. Die Fensterfläche muß zur Höhe der Betriebsräume und ihrer Bodenfläche in einem günstigen Verhältnis stehen, so daß die Räume bei Tag gut beleuchtet sind. Ferner müssen gut wirkende Lüftungseinrichtungen eingebaut sein. Die Fenster der Keller- und Lagerräume müssen in der Weise mit Fliegengittern versehen sein, daß die Fenster ohne Entfernung der Fliegenschutzrichtung geöffnet werden können.

2. Jeder Betriebsraum muß ausreichend beleuchtet werden können.

3. Der Fußboden muß wasserundurchlässig und in allen Betriebsräumen mit einem solchen Gefälle angelegt sein, daß das Wasser guten Ablauf zur Abfuhrungsstelle hat. An der letzteren muß ein Geruchsverschluß angebracht sein.

4. Die Wände und Decken sämtlicher Betriebsräume müssen, soweit sie nicht abwaschbar her-

gestellt sind, bei Bedarf, mindestens aber einmal jährlich mit Kalkanstrich versehen werden.

5. Es muß einwandfreies, frisches und womöglich laufendes Wasser in ausreichender Menge mit genügenden Abzapfstellen vorhanden sein. Reines Kühlwasser ist so abzuleiten, daß eine Durchfeuchtung der Mauern des Gebäudes und eine Versumpfung seiner Umgebung ausgeschlossen sind. Alle sonstigen Abwässer sind in geschlossenen, leicht durchspülbaren Tonrohrleitungen aus den Betriebsräumen in Kanäle, wasserreiche Bäche oder in Sammelgruben abzuführen. An allen Einlaufstellen der Rohrleitungen im Innern der Betriebsräume sind Geruchsverschlüsse anzubringen. Die einschlägigen baulichen gesundheitlichen Vorschriften, insbesondere auch die Vorschriften über Versitzgruben sind bei Um- und Neubauten streng zu beachten. Bei allen nach Art. 37 des Wassergesetzes erlaubnispflichtigen Zuführungen von Abwässern ist dafür zu sorgen, daß mit den Bauplänen zugleich auch das Gesuch nach § 96 der Vollzugsvorschriften zum Wassergesetz an die Kreisverwaltungsbehörde eingereicht wird.

6. Zur Verhinderung der Verschmutzung der Betriebsräume sind vor dem Gebäude der Milchsammelstelle alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Zugänge und Zufahrten müssen gepflastert und ausreichend beleuchtet sein. Stallungen, Misthaufen, Dung-, Jauche-, Abort- und Versitzgruben müssen von dem Gebäude so weit entfernt sein, daß die Milch und das im Betrieb verwendete Wasser keiner nachteiligen Beeinflussung ausgesetzt sind. Bei Neubauten muß die Entfernung in der Regel mindestens 12 m betragen.

7. Milchsammelstellen müssen von anstoßenden Wohnräumen durch vollständig abschließende Mauern getrennt sein. Ebenso dürfen unter dem Erdgeschoß untergebrachte Betriebsräume mit anders verwendeten Kellerräumen in keiner Verbindung stehen.

8. Wohn- und Schlafräume in den Betriebsgebäuden müssen, soweit nicht besondere Vorschriften weiteres anordnen, den gesundheitlichen Anforderungen entsprechen und stets rein gehalten werden.

§ 30

Die Einrichtungen der Milchsammelstellen

Zu den §§ 6, 7 und 12 MG und zu den §§ 4, 13, 19 und 23 AV.

(1) Für die Annahme der Milch müssen die erforderlichen Meßgeräte oder Milchwaagen und Annahmebehältnisse, für die Reinigung und Kühlung der Milch die notwendigen Reinigungseinrichtungen (§ 23 Abs. 1 AV) und Kühlungseinrichtungen; in den Fällen des § 4 AV und des § 22 dieser Verordnung die notwendigen Tiefkühlungs- und Erhitzungsanlagen, bei Flaschenabfüllung der Leistung des Betriebes angepaßte Einrichtungen zur Reinigung, Entkeimung und Füllung der Flaschen vorhanden sein.

(2) Bis zur Ablieferung ist die Milch in ausbetonierten Wassertrögen mit durchfließendem Wasser oder in Kühlräumen aufzubewahren. Bei Tiefkühlung der Milch müssen Kühlräume oder isolierte Behälter zur Kühlung verwendet werden. Bei einfacher Wasserkühlung muß die Abkühlung der Milch auf mindestens + 14° C dauernd sichergestellt sein.

(3) Außerdem muß ein Dampferzeuger oder eine Heißwasserbereitungsanlage (z. B. ein elektrisch geheizter Heißwasserspeicher) für die Reinigung der Geräte vorhanden sein. Bei Neu- und Umbauten muß der Dampferzeuger außerhalb des Betriebsraums aufgestellt werden.

(4) Werden Erhitzungsanlagen geschaffen, so muß gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 2 b AV die pasteurisierte Milch im unmittelbaren Anschluß an die Erhitzung tief-

gekühlt werden (§ 23 Abs. 3 AV). Zu diesem Zweck muß die erforderliche Tiefkühlungsanlage in den Betrieb eingebaut sein.

(5) Als weitere Ausrüstung der Milchsammelstellen müssen vorhanden sein:

- ein amtlich geprüftes Thermometer, das eine Höchstbelastung von + 105° C zuläßt,
- Milchspindel mit Zubehör,
- Schmutzprüfer,
- Vorrichtungen zur Vornahme der Prüfung auf den Frischzustand,
- alle zur Fettgehaltsbestimmung sowie zur Durchführung der Güteprüfung notwendigen Geräte und Chemikalien.

§ 31

Verwendung und Reinigung der Geräte der Milchsammelstellen

Zu den §§ 6 und 7 MG und zu § 19 AV.

(1) Sämtliche Geräte der Milchsammelstellen dürfen nur zu ihrem bestimmungsgemäßen Gebrauch benützt werden.

(2) Über die Reinigung und Entkeimung von Einrichtungen und Gegenständen wird bestimmt:

1. Die Einrichtungen und Gegenstände müssen nach jedesmaligem Gebrauch unter Verwendung geeigneter Reinigungs- und Entkeimungsmittel behandelt und getrocknet werden.

2. Erhitzer und Rohrleitungen sind nach der Reinigung (auch bei Anwendung der chemischen Reinigung) zu öffnen. Die Entkeimung hat unmittelbar vor Betriebsbeginn nach einem wirksamen Verfahren zu erfolgen.

3. Die angewendeten Reinigungs- und Entkeimungsverfahren sowie Reinigungs- und Entkeimungsmittel dürfen mit den übrigen Bestimmungen des MG und der AV nicht in Widerspruch stehen.

(3) Die im Verkehr mit Milch zwischen den Erzeugerbetrieben, Sammelstellen und Handelsbetrieben verwendeten gefüllten Beförderungsgefäße müssen mit dichten Verschlüssen versehen sein. Zum Versand der Milch in die Verbraucherorte dürfen nur solche Gefäße Verwendung finden, die in gut befestigten Aufschriften den Namen und den Betriebssitz des Lieferanten und des Empfängers oder die Lieferantenummer und bei Bahnbeförderung Aufgabe- und Empfangsbahnhof deutlich erkennen lassen.

§ 32

Herstellung von Milcherzeugnissen und Lieferung von Trinkmilch

Zu den §§ 6 und 7 MG und zu den §§ 18 und 19 AV.

(1) Für Milchverarbeitungsstellen, die außer Milcherzeugnissen auch Trinkmilch liefern, gelten die Vorschriften der §§ 29 bis 31 und folgende Bestimmungen:

1. Die Räume für die Milchverarbeitung und für die Herstellung von Butter sind von der Käserei vollständig zu trennen. Sämtliche Räume dürfen nur zu ihrem bestimmungsgemäßen Gebrauch benützt werden. Die Herstellung und Lagerung von anderen Fetten in den Räumen ist verboten.

2. In Käsereien und in Käsereifungs- und Käselagerbetrieben braucht der Boden unter den in den Kellern befindlichen Gestellen — in Abweichung von der Vorschrift des § 29 Nr. 3 — nicht wasserundurchlässig sein; er soll jedoch mit einem leicht zu reinigenden Material belegt sein.

3. An Nebenräumen müssen vorhanden sein:

- a) ein Raum, in dem die Milch auf Schmutzgehalt, Frischzustand (Säuregrad) und Fettgehalt, in Käsereien außerdem auch auf Käsereitauglichkeit untersucht werden kann. Die Untersuchung der Milch jedes einzelnen Lieferanten muß mindestens einmal im Monat im Betrieb oder durch eine staatlich anerkannte Untersuchungsanstalt ausgeführt werden. Das Ergebnis der Unter-

suchungen ist fortlaufend in eine Liste einzutragen. Der Untersuchungsraum muß mit den im § 30 Abs. 5 angegebenen Einrichtungsgegenständen ausgestattet sein;

- b) ein Umkleide- und Waschraum;
- c) eine den bestehenden Vorschriften entsprechende Abortanlage.

4. Diese Betriebe müssen die nach dem Viehseuchengesetz erforderlichen Erhitzungsanlagen sowie Kannenreinigungs- und Entkeimungseinrichtungen haben.

5. Milchbeförderungsgefäße dürfen nur zu diesem Zweck, nicht aber zur Rücklieferung von erhitzten Molkeerückständen oder sonstigen Abfällen aller Art mit Ausnahme der Mager- und Buttermilch verwendet werden.

6. Der anfallende Zentrifugenschlamm ist täglich zu verbrennen oder zu vergraben.

(2) Milchverarbeitungsstellen, die neben der Herstellung von Milcherzeugnissen nur einen beschränkten örtlichen Bedarf an Trinkmilch decken, müssen für die Bearbeitung der Trinkmilch keine eigenen Räume haben.

§ 33

Ausschließliche Herstellung von Milcherzeugnissen

Zu den §§ 6 und 7 MG und zu den §§ 18 und 19 AV.

(1) Für Milchverarbeitungsstellen, die ausschließlich Milcherzeugnisse herstellen, gelten die Vorschriften der §§ 29, 30 Abs. 1, 3 und 5 sowie §§ 31 Abs. 1 und 2 und 34. Außerdem müssen diese Milchverarbeitungsstellen die nach dem Viehseuchengesetz erforderlichen Erhitzungsanlagen sowie Kannenreinigungs- und Entkeimungseinrichtungen haben.

(2) In Emmentalerkäsereien dürfen zur Vorreinigung der Milch für die Verarbeitung Holzgefäße verwendet werden (§ 7 Abs. 2 Nr. 3). Im übrigen gelten die Vorschriften des § 30 entsprechend.

(3) Rahmstationen (§ 20 Abs. 3) müssen den Vorschriften des § 18 Abs. 1 AV entsprechen. Sie müssen ausreichende Erhitzungsanlagen sowie Kannenreinigungs- und Entkeimungseinrichtungen haben. Einwandfreies, frisches, womöglich laufendes Wasser für die Kühlung des Rahmes und heißes Wasser für die Reinigung der Räume und Geräte müssen vorhanden sein.

§ 34

Verantwortlichkeit des Betriebsinhabers

Für die Einhaltung der Vorschriften dieses Abschnittes ist der Inhaber oder Leiter des Betriebes verantwortlich und — innerhalb seines Arbeitsbereiches — jeder Angestellte, der Milch selbständig zu bearbeiten oder zu verarbeiten hat.

§ 35

Baugenehmigung

Vor der Erteilung der Baugenehmigung für Neu- und Umbauten der in den §§ 29 bis 33 und 38 Abs. 1 und 3 bezeichneten milchwirtschaftlichen Betriebe hat die Kreisverwaltungsbehörde den Regierungsmolkereirat zu hören. Dieser soll bei größeren Bauvorhaben die milchwirtschaftliche Maschinen- und Bauberatungsstelle beteiligen.

§ 36

Ausnahmen

Zu den §§ 14 Abs. 2 und 30 Abs. 2 AV.

(1) Die Vorschriften der §§ 15 Abs. 1, 16 Nr. 1, 18 und 19 AV und der §§ 29 und 30, 32 und 33 dieser Verordnung gelten nicht für Alpsennereien. Doch muß in diesen Betrieben den allgemeinen Anforderungen der Gesundheitspflege und Reinlichkeit entsprochen werden.

(2) Die Regierung kann in besonderen Einzelfällen, insbesondere wenn der Vollzug der Vorschriften eine schwere wirtschaftliche Härte be-

deuten würde, nach Anhörung des Regierungsmolkereirats Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 29, 30, 32 und 33 zugelassen, soweit nicht andere Vorschriften, insbesondere solche zur Bekämpfung von Krankheiten bei Menschen und Tieren, entgegenstehen.

Abschnitt VI Abgabe der Milch

Zu den §§ 2, 11 und 14 bis 19 MG und den §§ 24 bis 26 AV.

§ 37

Abgabe von Milch durch Erzeuger an Verbraucher
Zu den §§ 6 und 52 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b MG und § 26 Abs. 2 AV.

(1) Milcherzeuger, die Milch an der Betriebsstätte an Verbraucher abgeben, bedürfen dazu der Befreiung von der Milchablieferungspflicht an die Molkerei nach § 4 der Vollzugsverordnung zum Milch- und Fettgesetz.

(2) In Gemeinden, getrennten Gemeindeteilen oder Stadtrandgebieten, in denen sich Milchhandelsgeschäfte befinden, dürfen Milcherzeuger Milch an Verbraucher nur abgeben, wenn der Erzeugerbetrieb dem staatlich gelenkten, freiwilligen Tuberkulosebekämpfungsverfahren angeschlossen und einer laufenden, regelmäßigen, tierärztlichen Überwachung unterstellt ist. Außerdem sind stets die Bestimmungen der §§ 3, 4, 6 und 7 MG sowie der §§ 3 und 4 AV zu beachten. Ab 1. 1. 1958 dürfen nur noch Milcherzeuger, deren Rinderbestand staatlich als tuberkulosefrei anerkannt ist, Milch an Verbraucher abgeben.

1. Als laufende, regelmäßige, tierärztliche Überwachung des Rinderbestandes gilt nur eine Untersuchung auf Tuberkulose, auf Eutererkrankungen und alle sonstigen auf Menschen übertragbare Tierkrankheiten. Die Krankheiten, auf die sich die tierärztliche Untersuchung unbedingt erstrecken muß, sind:

- a) Tuberkulose,
- b) Infektion mit Bakterien der Enteritisgruppe,
- c) Infektion mit Abortus-Bang-Bakterien und
- d) Gelber Galt.

Die Untersuchungen sind jährlich mindestens einmal durchzuführen.

2. Der überwachende Tierarzt hat folgende Proben an die zuständige staatliche Veterinäruntersuchungsanstalt einzusenden:

- a) Ausscheidungsproben bei klinisch tuberkuloseverdächtigen Tieren,
- b) bei der erstmaligen Untersuchung sowie einmal jährlich eine Sammelmilchprobe, die gleichzeitig auf Tuberkulose, Abortus Bang, Enteritiseime und Gelben Galt zu untersuchen ist, und
- c) Verfolgungs- und Einzelproben bei positivem Befund der vorher eingesandten Proben.

3. Die Veterinäruntersuchungsanstalt hat die Ergebnisse der Untersuchungen (Nr. 2) dem überwachenden Tierarzt und der Kreisverwaltungsbehörde zu übergeben. Positive Befunde sind auch dem Amtstierarzt mitzuteilen.

(3) Ist in Gemeinden, getrennten Gemeindeteilen oder Stadtrandgebieten, in denen sich kein Milchhandelsgeschäft befindet, nach dem Gutachten des Amtstierarztes und des Regierungsmolkereirats anzunehmen, daß die Milchversorgung aus Erzeugerbetrieben, die dem staatlich gelenkten, freiwilligen Tuberkulosebekämpfungsverfahren angeschlossen sind, sichergestellt ist, so ist den anderen Erzeugerbetrieben die Abgabe von Milch an die Verbraucher zu untersagen. Sobald die Möglichkeit besteht, spätestens jedoch ab 1. 1. 1958, ist die Abgabe von Milch an Verbraucher auf die staatlich als tuberkulosefrei anerkannten Betriebe zu beschränken.

(4) Erfüllt das Personal des Erzeugerbetriebes nicht die gesundheitlichen Voraussetzungen des § 13 MG und der AV sowie den hierzu erlassenen Vorschriften, so ist dem Erzeuger die Milchabgabe an Verbraucher durch Einzelverfügung zu untersagen.

(5) Milcherzeuger, die gemäß Abs. 1 bis 3 Milch abgeben, haben an der Abgabestelle einen deutlich sichtbaren Hinweis gemäß § 25 anzubringen.

(6) Der Inhaber eines Milcherzeugungsbetriebes, der nicht landwirtschaftlicher Betrieb im Sinne des § 20 AV ist, bedarf bei jeder Abgabe von Milch der Erlaubnis nach § 14 MG.

§ 38

Milchgroß- und Milchkleinhandel

Zu den §§ 6 und 7 MG und zu den §§ 18 und 19 AV.

(1) Wer Trinkmilch kauft, um sie an Wiederverkäufer abzusetzen, betreibt Milchgroßhandel im Sinn dieser Bestimmungen. Als Wiederverkäufer gelten nicht die im § 2 Abs. 2 MG erwähnten Verbraucher. Der Milchgroßhändler ist auch befugt, Milch unmittelbar an Verbraucher abzugeben.

(2) Für den Milchgroßhandel gelten hinsichtlich der Bearbeitung, Abfüllung, Aufbewahrung und Verarbeitung der Milch sowie der Reinigung und Trocknung der mit Milch in Berührung kommenden Gegenstände, insbesondere auch der Beförderungsgefäße, die einschlägigen Vorschriften der §§ 29 mit 35. Der Milchgroßhändler hat hierzu geeignete, von den Milchbe- und -verarbeitungsräumen getrennte Räume sowie die nötigen Einrichtungen zur Reinigung und Trocknung solcher Gegenstände in seinem Hauptgeschäft oder in seinen Zweigstellen zu schaffen.

(3) Wer Trinkmilch kauft, um sie ausschließlich unmittelbar an Verbraucher abzugeben, betreibt Milchkleinhandel im Sinn dieser Bestimmungen. Für den Milchkleinhändler gilt bezüglich der Aufbewahrung der Milch sowie der Reinigung und Trocknung der mit Milch in Berührung kommenden Gegenstände und der hierzu erforderlichen Einrichtungen Abs. 2 Satz 1 nach dem Umfang seines Geschäfts entsprechend. Er hat insbesondere die an ihn gefüllt gelieferten Milchkannen und Milchflaschen vor der Rückgabe an den Absender baldmöglichst vorzureinigen.

(4) Für den Milchkleinhändler, der die Milch unmittelbar oder mittelbar vom Erzeuger kauft, gilt Abs. 2 entsprechend. Mittelbarer Kauf vom Erzeuger liegt vor, wenn der Milchkleinhändler die Milch von einem Milchsammler erwirbt. Den Umfang der erforderlichen Räume und Einrichtungen bestimmt die Kreisverwaltungsbehörde nach Anhörung des Regierungsmolkereirats.

§ 39

Erlaubnisverfahren

Zu den §§ 14 mit 18 und 35 MG.

(1) Wer ein Unternehmen zur Abgabe von Milch, Rahm, Magermilch, Molke, Buttermilch, Joghurt, Kefir oder Sauermilch eröffnen oder weiterführen will, hat bei der Kreisverwaltungsbehörde die Erlaubnis zu beantragen und dabei nachzuweisen, daß die im § 14 Abs. 5 MG geforderten Voraussetzungen gegeben sind. Über den Antrag entscheidet die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Bereich sich die Niederlassung oder die Zweigstelle des Unternehmens befindet. Die Erlaubnis gilt grundsätzlich nur für den Bereich der sie erteilenden Kreisverwaltungsbehörde, sofern sie nicht ausdrücklich im Erlaubnisbescheid auf den Bereich einer anderen Kreisverwaltungsbehörde erstreckt wird. In diesem Falle ist zuvor die Kreisverwaltungsbehörde zu hören, in deren Bereich die Milch vertrieben werden soll. Die technische und fachliche Begutachtung der Erlaubnisanträge obliegt dem Regierungsmolkereirat.

(2) Die Einholung einer Erlaubnis nach § 17 MG ist nicht erforderlich, wenn sich der Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes auf die Abgabe der darin gewonnenen Milch an seiner landwirtschaftlichen Betriebsstätte beschränkt. Die Bestimmungen des § 37 sind jedoch zu beachten.

(3) Die nach §§ 14 und 17 erteilte Erlaubnis kann widerrufen werden, wenn das Unternehmen mindestens ein halbes Jahr ununterbrochen nicht betrieben wurde.

(4) Die Bestimmungen des Milch- und Fettgesetzes bleiben von dieser Erlaubnis unberührt. Bei Prüfung der Voraussetzungen zur Erlaubniserteilung hat daher die Kreisverwaltungsbehörde im Benehmen mit dem Regierungsmolkereirat zu prüfen, ob nicht Maßnahmen nach §§ 1 bis 8 MFG entgegenstehen.

§ 40

Zuverlässigkeit, Sachkunde und Gesundheit der Unternehmer und Gehilfen

(1) Unzuverlässigkeit eines Antragstellers liegt in der Regel vor, wenn

1. der Antrag mit unwahren Angaben begründet wird;
2. der Leumund des Unternehmers oder der mit der Leitung des Betriebes oder einzelner Abteilungen beschäftigten Personen nicht einwandfrei ist;
3. der Unternehmer bisher ohne die erforderliche Erlaubnis den Handel mit Milch betrieben hat;
4. der Unternehmer Hilfskräfte beschäftigt, von denen er weiß, daß sie den gesundheitlichen Anforderungen nicht entsprechen oder daß ihnen die Erlaubnis zum selbständigen Milchhandel wegen Unzuverlässigkeit im Sinne der Nr. 2 versagt ist;
5. der Unternehmer seine Milchlieferer vorsätzlich schädigt oder geschädigt hat oder behördliche Preisfestsetzungen nicht einhalten hat;
6. der Unternehmer wegen Milchfälschung oder wegen Zuwiderhandlung gegen das Lebensmittelgesetz wiederholt rechtskräftig verurteilt worden ist;
7. der Unternehmer mehrfach im Bußgeldverfahren nach dem Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz 1954) vom 9. 7. 1954 (BGBl. I S. 175) oder nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 25. 3. 1952 (BGBl. I S. 177) bestraft wurde.

(2) Die notwendige Sachkunde hat der verantwortliche Leiter eines Milchgroßhandelsbetriebes sowie der verantwortliche Leiter eines milchbe- oder -verarbeitenden Betriebes — abgesehen von einfachen Milchsammelstellen oder Rahmstationen — durch das Zeugnis über die Meisterprüfung für das Molkerei- und Käseerzeuger- oder eine ihr gleichgestellte Schlußprüfung an einer staatlich anerkannten landwirtschaftlichen Fachschule nachzuweisen.

(3) Die Kreisverwaltungsbehörde hat ferner zu prüfen, ob die für die Erlaubniserteilung gemäß § 14 Abs. 5 MG notwendigen gesundheitlichen Voraussetzungen der im Betrieb tätigen Personen vorliegen.

(4) Der verantwortliche Leiter eines Milchkleinhandelsbetriebes hat die erforderliche Sachkunde durch den erfolgreichen Abschluß eines von einer Molkereischule oder durch die zuständige Berufsgruppe eingerichteten Fachlehrganges nachzuweisen.

(5) Für Stellvertreter (§ 15 MG) gelten die Vorschriften der Absätze 2, 3 und 4 entsprechend.

(6) Milchgroßhändler und die ihnen nach § 38 Absatz 4 gleichgestellten Milchkleinhandlerner dürfen im landwirtschaftlichen Betrieb mit der Be- oder Verarbeitung der Milch nur Fachgehilfen beschäftigen. Diese haben ihre Sachkunde durch das Prüfungszeugnis als Obermeister für das Molkerei- und

Käseerzeuger nachzuweisen. Das gleiche gilt für die Leiter von Rahmstationen.

(7) Wird Milch von einem Milchgroß- oder -kleinhandlerner in mehreren Zweigstellen ausgegeben, so hat auch jeder verantwortliche Leiter oder Geschäftsführer oder Verkäufer jeder Zweigstelle die Sachkunde gemäß Abs. 4 nachzuweisen.

§ 41

Einrichtungen und Räume zum Ladenverkauf

Zu den §§ 6 und 7 MG und den §§ 18 Abs. 1 und 19 AV.

(1) Für die Ladenräume des Milchgroß- und des Milchkleinhandels gelten die Vorschriften des § 18 Abs. 1 AV und folgende Bestimmungen:

1. Der Ladenraum muß im Erdgeschoß gelegen sein; er muß in Gemeinden mit über 5000 Einwohnern eine Größe von mindestens 12 qm, in sonstigen Gemeinden eine Größe von mindestens 8 qm haben; er muß mindestens 2,50 m hoch sein;
2. die Wände müssen bis zu einer Höhe von 1,50 m mit hellem, abwaschbarem Anstrich oder Belag versehen sein;
3. es muß ein genügend großer Eisschrank oder Kühlraum zum Kühlhalten der Milch vorhanden sein, so daß die Wärme der Milch dauernd unter + 14° C bleibt;
4. der Zugang zum Laden für die Kundschaft darf nicht durch einen bewohnten oder gewerblich benützten Raum und umgekehrt der Zugang zu diesem nicht vom Milchladen aus erfolgen. Die Kreisverwaltungsbehörde kann in Ausnahmefällen eine Verbindung zwischen Lebensmittel- und Milchgeschäften durch eine selbstschließende Türe gestatten, wenn dies aus räumlichen Gründen erforderlich ist; die lose Trinkmilch darf dann nur aus geschlossenen Behältnissen mit selbsttätigen Abmeßvorrichtungen an die Verbraucher abgegeben, auch dürfen im Milchverkaufsraum nur Milcherzeugnisse feilgehalten werden. Wenn der Milchverkaufsraum und das Lebensmittelgeschäft keine getrennten Eingangs-türen von außen haben, darf im Falle einer Ausnahmegenehmigung nach Satz 2 der Zugang für die Kunden zu den Ladenräumen nur ins Lebensmittelgeschäft erfolgen.
5. Außer im Falle einer Genehmigung nach Nr. 4 Satz 2 darf der Ladenraum für die Käufer keine Öffnung in einen bewohnten oder gewerblich oder sonstwie benützten Raum besitzen. Auch darf die Abgabe der Milch durch ein Schalterfenster oder eine ähnliche Einrichtung nicht in einen solchen Raum erfolgen.
6. Als Nebenraum muß ein ebenerdiger Kannen- und Gerätewaschraum mit einwandfreiem, möglichst laufendem Wasser und mit einer Vorrichtung für Heißwasserbereitung zur Reinigung und Trocknung der Gegenstände vorhanden sein, die mit Milch in Berührung kommen (§ 19 Nr. 7 AV). Er muß in unmittelbarer Nähe des Milchverkaufsraumes liegen und muß mindestens 8 qm groß und 2,50 m hoch sein. Seine Wände müssen bis zu einer Höhe von 1,50 m mit einem hellen, abwaschbaren Anstrich oder Belag versehen sein. Der Gerätewaschraum darf nicht zweckentfremdet werden.
7. Kann für ein bestehendes Milchgeschäft, das alle Anforderungen der §§ 40 bis 42 erfüllt, als Nebenraum ein ebenerdiger Kannen- und Gerätewaschraum nicht geschaffen werden, so kann die Genehmigungsbehörde nach Anhörung des Regierungsmolkereirats ausnahmsweise einen nicht ebenerdigen Raum unter der Voraussetzung zulassen, daß dieser Raum ausreichend be- und entlüftbar sowie mit natürlichem Licht beleuchtbar und das saubere, einwandfreie Reinigen der Geräte gewährleistet ist.

8. In ländlichen Gemeinden bis zu 1000 Einwohner bedarf der für die Abgabe und Aufbewahrung von Trinkmilch bestimmte Raum, wenn er sich unmittelbar an einen Lebensmittelladen anschließt oder in einen solchen eingebaut ist, keines eigenen Zugangs von der Straßenseite aus. Der Zugang durch das Lebensmittelgeschäft ist gestattet. Die Mindestgröße des Milchabgaberaumes beträgt auch unter diesen Voraussetzungen 8 qm. Einrichtungen für das Kühlhalten der Milch auf einer Temperatur unter $+ 14^{\circ}$ C müssen vorhanden sein. Bei kurzer täglicher Verkaufszeit kann die Kreisverwaltungsbehörde auch ausnahmsweise gestatten, daß der Verkaufsraum nach Abschluß der Verkaufszeit als Waschraum verwendet wird. Diese erleichterten Bedingungen entfallen, wenn der Umsatz eines solchen Unternehmens die für den betreffenden Ort geltende Mindestmilchmenge erreicht; hierüber entscheidet die Kreisverwaltungsbehörde.
9. Bei Neu- und Umbauten von Milchgeschäften sind die Baupläne vor Erholung der Baugenehmigung der zur Genehmigung der Milchabgabe zuständigen Stelle zur Vorprüfung vorzulegen.
- (2) Durch Orts- oder Kreisvorschrift können weitergehende Anordnungen getroffen werden. Die Kreisverwaltungsbehörde kann in Einzelfällen nach Anhörung des Regierungsmolkereirats für die Erfüllung der Vorschriften Fristen setzen und hinsichtlich der Raumgröße Ausnahmen zulassen.
- (3) Im Laden dürfen Milch und alle Milcherzeugnisse im Sinn des § 2 AV mit Einschluß von Butter, Butterschmalz, Käse, der unter Glasverschluß gehalten werden muß, Schmelzkäse sowie Zubereitungen, die unter hauptsächlicher Verwendung von Milch oder Milcherzeugnissen hergestellt sind, feilgehalten werden.
- (4) Im Laden dürfen außerdem noch die Waren gelagert und feilgehalten werden, die in einer vom Staatsministerium des Innern aufgestellten Liste nach Art und Menge bekanntgegeben werden. Diese Beschränkung gilt nicht für Einzelhandelsgeschäfte, die ausschließlich verkaufsfertig abgefüllte Milch gemäß § 33 Abs. 2 Satz 2 MFG abgeben.

§ 42

Mindestmenge

- (1) Die Kreisverwaltungsbehörde hat unter Beachtung des § 17 MG zu prüfen, ob der Antragsteller eine Mindestmenge nachzuweisen hat und ob zu erwarten ist, daß er die nachzuweisende Mindestmenge in den Verkehr bringen wird. Die Mindestmenge muß für jede Niederlassung oder Zweigstelle vorhanden sein.
- (2) Die tägliche durchschnittliche Mindestmenge des Milchkleinhändlers muß in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohner wenigstens 120 Liter, in Gemeinden mit mehr als 10 000 bis 40 000 Einwohner wenigstens 150 Liter, in Gemeinden mit mehr als 40 000 bis 100 000 Einwohner wenigstens 200 Liter, mit mehr als 100 000 Einwohner wenigstens 250 Liter betragen.
- (3) Wer nur Rahm, Magermilch, Molke, Buttermilch, Sauermilch, Joghurt oder Kefir in den Verkehr bringen will, hat nachzuweisen, daß die Menge dieser von ihm abzusetzenden Erzeugnisse der Trinkmilchmindestmenge entspricht.
- (4) Der Milchgroßhändler hat bei Erteilung einer neuen Erlaubnis für die im Großhandel abgesetzte Trinkmilch die zehnfache Mindestmenge des Milchkleinhändlers nachzuweisen.
- (5) Eine Mindestmenge entfällt bei ausschließlicher Abgabe von Flaschenmilch in Einzelhandelsgeschäften (§ 33 Abs. 2 Satz 2 MFG). Die übrigen Erfordernisse des § 14 Abs. 5 Nr. 1 bis 5 MG sind auch in diesen Fällen zu erfüllen.

§ 43

Festsetzung der Mindestmenge

- (1) Die Mindestmilchmenge (§ 14 Abs. 5 Nr. 6 MG) ist von der Kreisverwaltungsbehörde unter ausschließlicher Berücksichtigung der an die Verbraucher (§ 2 Abs. 1 und 2 MG) abgegebenen Milch (Trinkmilch) nach Anhörung des Regierungsmolkereirats so festzusetzen, daß durch den Umsatz der Betriebe die Erfüllung der an ihre Einrichtung und Betriebsweise zu stellenden gesundheitlichen Anforderungen gewährleistet ist. Soweit eine Mindestmenge von der Kreisverwaltungsbehörde für eine Gemeinde nicht festgesetzt ist, gilt die der Einwohnerzahl der Gemeinde nach § 42 Abs. 2 entsprechende Menge Milch als Mindestmilchmenge der Gemeinde.
- (2) Die Kreisverwaltungsbehörde kann in besonderen Einzelfällen mit gesonderter Verfügung die allgemein vorgeschriebene Mindestmilchmenge widerrufen herabsetzen, wenn ein dringendes Bedürfnis für ein neues Milchhandelsgeschäft besteht, aber nach den örtlichen Verhältnissen (z. B. in un- ausgebauten Ortsteilen, abgelegenen Siedlungen) die Erreichung der Mindestmilchmenge nicht möglich ist. Ebenso kann sie die bisherige Mindestmilchmenge widerrufen belassen, wenn ein Geschäft innerhalb der gleichen Geschäftsgegend und unter Beibehaltung des bisherigen Kundenkreises verlegt und infolge der Verlegung die Erteilung einer neuen Erlaubnis erforderlich wird.
- (3) Die Kreisverwaltungsbehörde kann beim erstmaligen Wechsel des Inhabers eines bereits bestehenden Unternehmens zur Abgabe von Milch mit gesonderter Verfügung die allgemein vorgeschriebene Mindestmenge widerrufen herabsetzen, wenn das Unternehmen allen Anforderungen der §§ 39 bis 41 entspricht, überdurchschnittlich eingerichtet ist und die hygienisch einwandfreie Weiterführung des Unternehmens gesichert erscheint. Die Mindestmenge soll in der Regel nicht unter die Hälfte der vorgeschriebenen Höhe herabgesetzt werden.

§ 44

Mindestmenge der Altunternehmen

- (1) Inhaber von Unternehmen der im § 14 MG genannten Art, die das Unternehmen schon vor dem 8. 8. 1930 betrieben haben, sind nach Art. 2 § 1 der Verordnung über das Inkrafttreten des Milchgesetzes vom 15. 5. 1931 (RGBl. I S 148) von der Erfüllung der Voraussetzung des § 14 Abs. 5 Nr. 6 MG (Nachweis einer Mindestmenge) befreit.
- (2) Für die Inhaber von Unternehmen zur Abgabe von Milch (§ 14 MG) die in der Zeit zwischen dem 8. 8. 1930 und dem 31. 12. 1931 erworben oder neu eröffnet worden sind, bleibt die zur Zeit des Erwerbs oder der Geschäftseröffnung festgesetzte Mindestmenge maßgebend.
- (3) Für die Inhaber von Unternehmen zur Abgabe von Milch, die in der Zeit bis zum 31. 12. 1941 zum erstenmal durch Kauf, Tausch, ein anderes Rechtsgeschäft oder durch Erbgang dieses Unternehmens erworben haben, gilt die Mindestmenge, die für den Rechtsvorgänger zur Zeit des Erwerbs oder der Geschäftseröffnung maßgebend war, soweit diese Mindestmenge nicht über die gemäß § 42 festgesetzte hinausgeht.

§ 45

Verkauf der Milch außerhalb der Läden

Zu § 11 MG und zu den §§ 22 u. 30 Abs. 1 AV

- (1) die Abgabe der gemäß § 22 bearbeiteten Milch an Verbraucher ist — unbeschadet des § 19 MG — an öffentlichen Orten, insbesondere auf Märkten, Plätzen und Straßen von umschlossenen, festen oder fahrbaren Abgabestellen aus zulässig:

1. In geschlossenen Gefäßen oder Behältnissen zur verkaufsfertigen Abgabe an Verbraucher, die in einem Abfüllbetrieb (§ 20 Abs. 4 — Originalbetrieb der Molkerei mit anerkannten Verschlüssen oder verlorenen Packungen) abgefüllt wurden;
2. aus geschlossenen Behältnissen, die in einer Betriebsstätte (§ 11 Abs. 3 MG) zur Abgabe an die Verbraucher gefüllt wurden, wenn die Abgabeverhältnisse mit einer selbsttätigen Abmeß- und Ausflußvorrichtung versehen und innerhalb der Abgabestelle so aufgestellt oder angebracht sind, daß eine Verunreinigung der Milch und der Abfüllvorrichtung während der Fahrt sowie bei der Abgabe nicht eintreten kann.

(2) Die Abgabe bedarf der Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde. Der Regierungsmolkereirat ist dazu zu hören. Die Genehmigung kann widerruflich, befristet oder mit Auflagen erteilt werden. Sie setzt voraus, daß die Abgabestelle mit einer Kühlhalteeinrichtung ausgestattet ist, die sichert, daß die Temperatur der Milch bei der Abgabe + 14° C nicht überschreitet. Bei der Genehmigung ist § 11 Abs. 3 MG zu beachten.

(3) Die Genehmigung ist in den Fällen des Abs. 1 Nr. 2 daran gebunden, daß besondere örtliche Verhältnisse (vorübergehende Veranstaltungen, Versorgung abseitiger aufgelockerter Wohngebiete usw.) gegeben sind; ein bestimmter Absatzbereich ist dabei festzulegen. Die geschlossenen Gefäße, Behältnisse und selbsttätigen Abmeßvorrichtungen müssen durch ein Prüfungsamt für milchwirtschaftliche Maschinen und Geräte geprüft und als den Vorschriften des § 22 AV entsprechend begutachtet sein.

(4) Die Abgabe ist regelmäßig nur gestattet, wenn der Berechtigte zum Milchhandel von einer festen Betriebsstätte aus zugelassen ist, die in jeder Weise insbesondere hinsichtlich der Raum-, Wasch- und Reinigungsanlagen, den gesetzlichen Bedingungen entspricht und der Wagenladen von dieser Betriebsstätte aus eingesetzt wird. Ausnahmen können mit Zustimmung der Regierung zugelassen werden.

(5) Die Zustellung von Milch an Verbraucher ist nur zulässig in Flaschen oder verlorenen Packungen, die in Abfüllbetrieben (§ 20 Abs. 4) molkerei-mäßig abgefüllt wurden.

Abschnitt VII

Überwachung des Verkehrs mit Milch

§ 46

Zu § 43 MG

(1) Die Überwachung des Vollzugs obliegt neben den Kreisverwaltungsbehörden auch den Regierungsmolkereiräten, den Gesundheitsämtern, den Amtstierärzten, den milchwirtschaftlichen Untersuchungsanstalten und öffentlichen Untersuchungsanstalten für Lebensmittel sowie den sonstigen mit der Lebensmittelüberwachung betrauten Stellen. Sie sind auch berechtigt, hiezu die Betriebe zu betreten und die erforderlichen Proben zu entnehmen.

(2) Für die Überwachung gilt die Verordnung über die Durchführung des Lebensmittelgesetzes vom 4. 4. 1955 (GVBl. S. 77).

Abschnitt VIII

§ 47

Strafbestimmungen

Wer den Vorschriften dieser Verordnung oder einer auf Grund dieser Verordnung erlassenen Anordnung zuwiderhandelt, wird nach Maßgabe der §§ 44 bis 49 MG oder, soweit diese Bestimmungen nicht anwendbar sind, nach § 53 mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Abschnitt IX

Schlußbestimmungen

§ 48

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 1956 in Kraft, gleichzeitig tritt die Fünfte Verordnung zum Vollzug des Milchgesetzes vom 14. Dezember 1954 (GVBl. 1955 S. 195) außer Kraft.

München, den 14. Dezember 1956.

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Geislhöringer, Staatsminister

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Dr. Baumgartner, Staatsminister

Anlage 1 (zu § 13 Abs. 2)

Bestandsbuch des Vorzugsmilchbetriebes

des in

Tier (Name, Kenn- zeichen)	Nummer (Ohr- marke, Horn- brand)	Tag des Zugangs in den Bestand	Tag des letzten Ab- kalbens	Tag und Grund des Abgangs aus dem Bestand		Unterschrift des Tierarztes
				Tag	Grund	

Anlage 2 (zu § 41 Abs. 4)

Liste der zum Verkauf in Milchhandelsgeschäften zugelassenen Waren:

1. Speisefette, Speiseöle (in Flaschen, Dosen oder aus geschlossenen Verkaufsabfülleinrichtungen, sowie Verkaufsflaschen mit Auslaufbahnen);
2. Fruchtsäfte, Brausen, Limonaden und Naturwasser in Flaschen;
3. Brot in jeder Form, Hefe und Trockenhefe;
4. Zwieback, Pumpernickel, Lebkuchen, Keks, Feingebäck und Dauerbackwaren (auch wenn unverpackt aus geschlossenen Firmenverkaufsbehältern) — keine Konditoreiwaren;
5. Mehle, Teigwaren, Haferflocken, Zucker, Reis, Grieß, Salz, Kindernährmittel, Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte;
6. Suppeneinlagen, kochfertige Suppen (nicht in offener und flüssiger Form), Suppenwürze in Pasten und Tuben;
7. Puddingpulver, Backpulver, Backaromen, Vanillezucker, Brausepulver, Kunsthonig (unter Glasverschluss);
8. Honig, Fenchelhonig, Obst- und Rübensirup, Marmelade, Konfitüren (im Glas), andere Obst-erzeugnisse, Trockengemüse, Trockenfrüchte;
9. Kakao, Schokolade, Süßwaren, Pralinen, Kaffee, Kaffee-Ersatzstoffe und Kaffeezusatzstoffe, Tee und seine Ersatzmittel;
10. Fleisch-, Wurst-, Fisch-, Gemüse- und Obstkonserven;
11. Eiscreme, Rahmeis und Milcheis;
12. Hühnereier, Trockenei.

Bei den Waren der Nr. 4—10 ist der Verkauf nur in verkaufsfertigen Fabrik- und Großhandelspackungen zulässig. Die Verpackung muß für den Inhalt körperdicht und geruchsicher sein.

Die Waren dürfen nicht in solchen Mengen aufbewahrt oder feilgehalten werden, daß die erforderliche tägliche Reinigung der Räume und ihrer Einrichtungen unmöglich gemacht oder erheblich erschwert wird.

Verordnung zum Vollzug des Milch- und Fettgesetzes (VV MFG)

Vom 14. Dezember 1956

Auf Grund des Gesetzes über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) vom 28. Februar 1951 (BGBl. I S. 135) i. d. Fassung des Gesetzes vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) wird mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bestimmt:

§ 1

(1) Die gemäß §§ 1, 2, 3, 5, 6, 7 und 8 des Milch- und Fettgesetzes dem Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als „Oberster Landesbehörde für Ernährung und Landwirtschaft“ in Bayern zustehenden Befugnisse werden auf die Regierungen übertragen.

(2) Die Regierungen sollen bei der Ausübung dieser Befugnisse die von der anerkannten Landesvereinigung der Milchwirtschaft (§ 14 MFG) gebildeten, für ihren Regierungsbezirk tätigen Marktausschüsse entsprechend hören und beteiligen.

(3) Bei Angelegenheiten, die den Bereich mehrerer Regierungsbezirke betreffen, bestimmt das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die federführende Regierung, sofern es nicht selbst die Entscheidung trifft.

§ 2

(zu § 1, Abs. 1, §§ 3 und 5 MFG)

(1) Soweit bei Inkrafttreten des Milch- und Fettgesetzes zwischen Milcherzeugern und Molkereien, Milchsammelstellen oder Entrahmungsstationen keine Liefer- und Annahmebeziehungen von bisher zuständigen Stellen festgelegt waren (§ 7 MFG) gelten die auf Grund privatrechtlicher Vereinbarungen oder tatsächlichen Vollzugs bestehenden Liefer- und Annahmebeziehungen als von der Obersten Landesbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle gemäß § 1 MFG bestimmt.

(2) Eine Änderung dieser Liefer- und Annahmebeziehungen kann gemäß § 8 MFG von den Beteiligten beantragt werden. Die Entscheidung trifft die Regierung. Diese kann gegebenenfalls mehrere Molkereien, Milchsammelstellen oder Entrahmungsstationen nach § 1 Abs. 1 Satz 2 MFG zur Wahl stellen.

§ 3

(§§ 1, 2 und 3 MFG)

(1) Die Lieferpflicht der Milcherzeuger für Milch und Rahm an Molkereien ist auch erfüllt bei Ablieferung der Milch an eine Milchsammelstelle oder eine Entrahmungsstation.

(2) Für die Liefer- und Annahmeverpflichtungen der Milchsammelstellen und Entrahmungsstationen für Milch gelten §§ 1 und 2 MFG.

(3) Milchsammelstellen und Entrahmungsstationen, die über einen Teil der gesammelten Milch für den Ortsbedarf verfügen wollen, bedürfen hierzu der Genehmigung der zuständigen Stelle (§ 1 Absatz 1). Die mit einer Begründung versehenen Anträge sind regelmäßig bei der Kreisverwaltungsbehörde einzureichen, die sie nach entsprechender Vorbehandlung und Anhörung der beteiligten Wirtschaftskreise der Regierung vorlegt. Für die Genehmigung gelten § 5 Abs. 2, 3 und 4. Im Gebiete der Emmentalerkäserei ist die Regierung ermächtigt, die Entscheidungsbefugnis auf die Kreisverwaltungsbehörden zu übertragen.

§ 4

(zu § 1 Abs. 3 MFG)

(1) Von der grundsätzlichen Milchablieferungspflicht an die Molkerei (§ 1 Abs. 1 MFG) und dem Verbot der unmittelbaren Abgabe von Milch durch Erzeuger an Milchhändler, Groß- und Kleinverbraucher können Ausnahmen nach den folgenden Bestimmungen eintreten.

(2) Die unmittelbare Abgabe von Milch an der Betriebsstätte des Erzeugers ist ohne besondere Genehmigung zulässig zum eigenen Verbrauch

a) an die in dem landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieb oder seinen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeitskräfte und deren Angehörige für die Dauer des Arbeitsverhältnisses;

b) an Altenteiler der Familie des Erzeugers;

c) an die im Erzeugerbetrieb wohnhaften Personen; als solche gelten nicht Insassen sowie Aufsichts- und Pflegepersonal von Krankenhäusern, Altersheimen, Erziehungsanstalten, Strafanstalten und ähnlichen Einrichtungen, mit denen landwirtschaftliche Betriebe verbunden sind;

d) an vereinzelte Abnehmer, wenn die Abgabe gelegentlich zum unmittelbaren Verzehr erfolgt.

(3) Die unmittelbare Abgabe von Milch an der Betriebsstätte des Erzeugers kann zugelassen werden

a) allgemein für alle Erzeugerbetriebe in Gemeinden, getrennten Gemeindeteilen oder Stadtrandgebieten, in denen sich kein Milchhandelsgeschäft befindet;

b) auf Antrag für einzelne Erzeugerbetriebe in Gemeinden, getrennten Gemeindeteilen oder Stadtrandgebieten, in denen sich Milchhandelsgeschäfte befinden.

(4) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn

a) die Versorgung mit molkereimäßig bearbeiteter Trinkmilch beeinträchtigt werden würde,

b) die Bestimmungen des § 37 MV nicht erfüllt werden.

Bei Ausnahmen nach § 3 soll die Abgaberechtigung regelmäßig auf eine Abgabe an ortsansässige Einzelverbraucher (§ 2 Abs. 1 MFG) beschränkt werden, sofern es sich nicht um eine Genehmigung an Anstalten nach Abs. 2 Buchstabe c handelt.

(5) Zur unmittelbaren Abgabe von Milch an der Betriebsstätte des Erzeugers an Verbraucher darf nur die im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb erzeugte Milch verwendet werden. Der Zukauf von Rohmilch aus anderen landwirtschaftlichen Betrieben zum Zwecke der Abgabe an Verbraucher ist nicht gestattet.

§ 5

(1) Die Zulassung der unmittelbaren Abgabe von Milch nach § 4 Abs. 3 erfolgt

a) im Falle des Abs. 3 Buchst. a auf Antrag der Gemeinde durch allgemeine Verfügung der Kreisverwaltungsbehörde. Diese hat vor der Entscheidung die beteiligten örtlichen Wirtschaftskreise, den Amtstierarzt, das Gesundheitsamt und den Regierungsmolkereirat zu hören. In dem Antrag der Gemeinde sind die allgemeinen Stallverhältnisse des zu befreienden Bereichs darzulegen.

b) im Falle des Abs. 3 Buchst. b auf Antrag des Milcherzeugers durch Einzelgenehmigung der örtlich zuständigen Kreisverwaltungsbehörde. Der Antrag ist zu begründen. Die Kreisverwaltungsbehörde entscheidet nach entsprechender Vorbehandlung und abschließender Stellungnahme des Regierungsmolkereirats. Sie hat dabei auch die Stallverhältnisse des Antragstellers und die Auswirkungen einer Genehmigung auf die allgemeine Trinkmilchversorgung zu prüfen.

(2) Soll gemäß Abs. 1 die Genehmigung für eine Ausnahme erteilt werden, so hat die hierfür zustän-

dige Behörde zugleich zu entscheiden, ob die Bestimmungen des § 37 MV erfüllt sind.

(3) Die Genehmigung kann auf bestimmte Mengen oder Formen der Abgabe beschränkt sowie mit Auflagen oder Fristen erteilt werden. Sie kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen für die Befreiung wegfallen oder die gesetzten Auflagen nicht erfüllt wurden oder eine Veränderung der allgemeinen Verhältnisse dies erfordert.

§ 6

(1) Bei der unmittelbaren Abgabe von Milch an Verbraucher hat der Milcherzeuger diese in geeigneter Form deutlich sichtbaren Aushang darauf hinzuweisen, daß die Milch in rohem Zustand abgegeben wird und vor dem Genuß abgekocht werden soll (§ 25 MV).

(2) Das grundsätzliche Verbot des Selbstmarktes und der Zustellung von Milch und Rahm jeden Fettgehaltes durch den Erzeuger wird durch die Befreiung nach §§ 4 und 5 nicht berührt.

§ 7

(zu §§ 2 und 3 MFG)

(1) Soweit vor Inkrafttreten des MFG zwischen Milchhändlern, Molkereien, Milchsammelstellen oder Entrahmungsstationen keine Liefer- und Abnahmebeziehungen von bisher zuständigen Stellen festgelegt waren (§ 7 MFG), gelten die auf Grund privatrechtlicher Vereinbarungen oder tatsächlichem Vollzug bestehenden Liefer- und Abnahmebeziehungen als von der Obersten Landesbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle gemäß § 2 MFG bestimmt.

(2) Eine Änderung dieser Liefer- und Abnahmebeziehungen kann gemäß § 8 MFG von den Beteiligten beantragt werden. Die Entscheidung trifft die Regierung. Diese kann mehrere Molkereien, Milchsammelstellen oder Entrahmungsstationen nach § 2 Abs. 1 Satz 2 MFG zur Wahl stellen.

§ 8

(zu §§ 10 und 20 MFG)

(1) Zur Förderung der Güte der Milch hat der Abnehmer bei der Lieferung von Milch durch den Erzeuger die Milch in Kilogramm anzunehmen und entsprechend ihrem Gütezustand (Fettgehalt, Reinheitsgrad, gegebenenfalls Frischezustand, Käse- und Keimgehalt) zu bezahlen.

(2) Die Durchführung der Prüfungen auf den Gütezustand der Milch und der hierbei erforderlichen Stallkontrollen erfolgt durch die Vereinigung der Milchprüfringe München und Kempten nach den Weisungen des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

(3) Die Molkereien haben für die Prüfungen des Gütezustandes der Milch, sofern diese Prüfungen in den Molkereien selbst durchgeführt werden, einen geeigneten Untersuchungsraum sowie die sonstigen für die Untersuchung erforderlichen Hilfsmittel (wie Geräte, Chemikalien, Licht und elektrischen Strom) zur Verfügung zu stellen.

§ 9

(zu § 8 MFG)

Anträge auf Änderung der Milcheinzugs- oder -absatzgebiete oder von Liefer- und Abnahmebeziehungen zwischen Milcherzeugern, Molkereien, Milchhändlern und Verbrauchern, die nach § 7 MFG oder nach § 2 dieser Verordnung fortgelten oder nach §§ 1, 2, 3 oder 5 MFG neu festgesetzt wurden, sind der für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Kreisverwaltungsbehörde einzureichen. Diese hat sie mit gutachtlicher Stellungnahme über die Sachlage der zuständigen Regierung vorzulegen.

§ 10

(zu § 11 MFG)

(1) Die in Verkehr gebrachte Trinkmilch muß mindestens 3,0 v. H. Fett entsprechend der „Butyrometrischen Fettbestimmung (Säuremethode) in Milch — Grundlage Methode nach N. Gerber“ enthalten.

(2) Die Einstellung des Fettgehaltes der Trinkmilch darf nur von Molkereien oder Gutsmolkereien und nur durch Teilenträufung von Milch oder durch Vermischung von Milch mit entrahmter Milch vorgenommen werden.

(3) Der nach Abs. 1 vorgeschriebene Mindestfettgehalt von 3,0 v. H. gilt auch für homogenisierte oder vitaminisierte Trinkmilch sowie für ausreichend gekennzeichnete sterilisierte eingestellte Milch.

(4) Soweit in Ausnahmefällen unbearbeitete Milch in Verkehr gebracht wird, muß es sich um ungeteiltes Gemelke (§ 1 Abs. 1 der Ausf. VO vom 15. Mai 1931 — RGBl. I S. 150) handeln. Sie muß mindestens 3,4 v. H. Fett enthalten (§ 8 MV).

§ 11

(zu § 12 MFG)

(1) Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gibt nach Anhörung der anerkannten Landesvereinigung (§ 14 Abs. 1 MFG) die jeweils zu erhebenden Ausgleichsabgaben im Bayer. Staatsanzeiger bekannt.

(2) Milcherzeuger, die gemäß § 1 Abs. 3 MFG Milch oder Rahm unmittelbar an den Milchhandel, Groß- oder Einzelverbraucher abgeben dürfen, werden mit einem durch die Oberste Landesbehörde zu bestimmenden Pauschalbetrag zur Ausgleichsabgabe herangezogen.

§ 12

(zu § 13 MFG)

(1) Milcherzeuger dürfen die im eigenen Betrieb hergestellte Deutsche Landbutter ohne besondere Kennzeichnung an Familienmitglieder, Betriebsangehörige, Altenteiler und Deputatempfänger abgeben.

(2) An andere als im Abs. 1 bezeichnete Personen darf der Milcherzeuger im eigenen Betrieb hergestellte Deutsche Landbutter nur mit ausreichender Kennzeichnung nach den Bestimmungen des § 9 der Butterverordnung vom 2. 6. 1951 (BANz. Nr. 110) — Angabe der Handelsklasse, des Gewichtes, des Namens und des Wohnsitzes des Herstellers — abgeben. Die Kennzeichnung hat auf der zugelassenen Umhüllung (Pergamentpapier — § 14 Abs. 3 der Butterverordnung) mit Druck oder Stempelaufdruck zu erfolgen.

(3) In molkereimäßig erfaßten Gebieten ist die Abgabe nach Abs. 2 nur an Butter- und Käseschmelzwerke zulässig. In diesen Gebieten können auch Butterhändler unter Beachtung der Kennzeichnungspflicht Deutsche Landbutter für die bezeichneten Werke mit deren schriftlichem Auftrag aufkaufen.

(4) Jede Annahme von ungekennzeichneter, in bäuerlichen Betrieben hergestellter Deutscher Landbutter durch andere als die im Abs. 1 bezeichneten Personen ist verboten.

(5) Betriebe, die zum Mischen von Deutscher Landbutter, die in landwirtschaftlichen Betrieben hergestellt wurde, zugelassen sind, haben die Bestimmungen des § 3 Abs. 1 der Verordnung über den Vollzug der Butterverordnung vom 20. 6. 1951 (GVBl. S. 106) einzuhalten.

(6) Die Regierung kann Ausnahmen von der Bestimmung des Abs. 3 zulassen.

§ 13

(zu § 22 MFG)

(1) Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten setzt im Benehmen mit der anerkannten Landesvereinigung (§ 14 Abs. 1 MFG) die jeweils zu erhebenden Umlagen fest und gibt sie im Bayer. Staatsanzeiger bekannt.

(2) Milcherzeuger, die gemäß § 1 Abs. 3 MFG Milch oder Rahm unmittelbar an Milchwändler, Groß- oder Einzelverbraucher abgeben dürfen oder gemäß § 12 Landbutter herstellen, werden mit einem durch die Oberste Landesbehörde zu bestimmenden Pauschalbetrag zur Umlage herangezogen.

§ 14

(zu § 25 Abs. 4 MFG)

Gemäß § 25 Abs. 4 MFG wird die Buchführungspflicht ausgedehnt

1. auf alle Milch, Butter oder Käse be- oder verarbeitenden Betriebe (wie Milchsammelstellen, Rahmstationen, Molkereien, Dauermilchbetriebe, Butterausformstellen, Käsereien, Schmelzkäsereien, Fertiglagerungsbetriebe);
2. auf alle Erzeugnisse der in Nr. 1 bezeichneten Betriebe.

§ 15

Die Meldepflicht umfaßt alle Milcherzeugnisse einschließlich Butter und Käse.

§ 16

Auskunftsberechtigte Stellen im Sinne der Verordnung über Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (RGBl. I S. 723) sind auch die Regierungen.

§ 17

(zu § 28 MFG)

Die Mitglieder der Organe der Landesvereinigung, soweit sie nicht Beamte sind, werden durch das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Mitglieder der Marktausschüsse werden durch die Regierung ihres Wohnsitzes verpflichtet.

§ 18

Gegen Entscheidungen der Kreisverwaltungsbehörden nach dieser Verordnung ist innerhalb 2 Wochen Beschwerde an die Regierung, gegen Entscheidungen der Regierung in gleicher Frist Beschwerde an das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zulässig.

§ 19

(zu § 30 MFG)

Zu widerhandlungen gegen diese Vollzugsverordnung oder gegen die auf Grund dieser Bestimmungen durch die zuständigen Behörden getroffenen Anordnungen, allgemeinen Weisungen oder Einzelverfügungen werden gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 9 MFG nach den Strafbestimmungen des Milch- und Fettgesetzes vom 28. Februar 1951 (BGBl. I S. 135) i. d. Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811) und des Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechtes (Wirtschaftsstrafgesetz 1954) vom 9. Juli 1954 (BGBl. I S. 173) bestraft.

§ 20

Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 1956 in Kraft; gleichzeitig tritt die Vierte Verordnung zum Vollzug des Gesetzes über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) vom 14. Dezember 1954 (GVBl. 1955 S. 16) i. d. Fassung der Änderungsverordnung vom 16. März 1956 (GVBl. S. 76) außer Kraft.

München, den 14. Dezember 1956

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Dr. Baumgärtner, Staatsminister

Verordnung

zum Vollzug des Gesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens

Vom 17. Dezember 1956

Auf Grund der §§ 1, 4 und 10 des Gesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 (RGBl. I S. 531) wird verordnet:

§ 1

(1) Der öffentliche Gesundheitsdienst in Bayern wird durch die in der Anlage bezeichneten Gesundheitsämter durchgeführt.

(2) Die staatlichen Gesundheitsämter sind eigene, den Regierungen unmittelbar nachgeordnete Behörden. Sie führen die Bezeichnung:

„Staatliches Gesundheitsamt“
(Name des Amtssitzes)

(3) Die nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes anerkannten gemeindlichen Gesundheitsämter führen die Bezeichnung:

„Stadt“
Gesundheitsamt“

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft

- a) die Erste Verordnung zum Vollzuge des Reichsgesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 1. April 1935 (GVBl. S. 212),
- b) die Dritte Verordnung zum Vollzuge des Reichsgesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 7. Januar 1937 (GVBl. S. 1),
- c) sämtliche vor Inkrafttreten dieser Verordnung erlassenen Einzelvorschriften über die Errichtung von Gesundheitsämtern.

München, den 17. Dezember 1956

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Dr. Geiselhöringer, Staatsminister

Anlage

Verzeichnis der Gesundheitsämter in Bayern

Amtssitz	Amtsbezirk
A. Regierungsbezirk Oberbayern	
Aichach	Landkreis Aichach
Altötting	Landkreis Altötting
Bad Aibling	Landkreis Bad Aibling
Bad Tölz	Landkreis Bad Tölz
Berchtesgaden	Landkreis Berchtesgaden, Stadt Bad Reichenhall
Dachau	Landkreis Dachau
Ebersberg	Landkreis Ebersberg
Erding	Landkreis Erding
Freising	Stadt und Landkreis Freising
Fürstenfeldbruck	Landkreis Fürstenfeldbruck
Garmisch-Partenkirchen	Landkreis Garmisch-Partenkirchen
Ingolstadt	Stadt und Landkreis Ingolstadt
Landsberg a. Lech	Stadt und Landkreis Landsberg a. Lech
Laufen	Landkreis Laufen
Miesbach	Landkreis Miesbach
Mühldorf	Landkreis Mühldorf
München	Stadt München
München	Landkreise München und Wolfratshausen
Pfaffenhofen a. d. Ilm	Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm
Rosenheim	Stadt und Landkreis Rosenheim
Schongau	Landkreis Schongau
Schrobenhausen	Landkreis Schrobenhausen
Starnberg	Landkreis Starnberg
Traunstein	Stadt und Landkreis Traunstein
Wasserburg a. Inn	Landkreis Wasserburg a. Inn
Weilheim	Landkreis Weilheim
B. Regierungsbezirk Niederbayern	
Bogen	Landkreis Bogen
Deggendorf	Stadt und Landkreis Deggendorf
Dingolfing	Landkreis Dingolfing
Eggenfelden	Landkreis Eggenfelden

Amtssitz	Amtsbezirk
Grafenau	Landkreis Grafenau
Griesbach i. Rottal	Landkreis Griesbach i. Rottal
Kelheim	Landkreis Kelheim
Kötzting	Landkreis Kötzting
Landau a. d. Isar	Landkreis Landau a. d. Isar
Landshut	Stadt und Landkreis Landshut
Mainburg	Landkreis Mainburg
Mallersdorf	Landkreis Mallersdorf
Passau	Stadt und Landkreis Passau
Pfarrkirchen	Landkreis Pfarrkirchen
Regen	Landkreis Regen
Rottenburg	Landkreis Rottenburg
Straubing	Stadt und Landkreis Straubing
Viechtach	Landkreis Viechtach
Vilsbiburg	Landkreis Vilsbiburg
Vilshofen	Landkreis Vilshofen
Wegscheid	Landkreis Wegscheid
Wolfstein	Landkreis Wolfstein

C. Regierungsbezirk Oberpfalz

Amberg	Stadt und Landkreis Amberg
Beilngries	Landkreis Beilngries
Burglengenfeld	Landkreis Burglengenfeld, Stadt Schwandorf i. Bay.
Cham	Landkreise Cham und Waldmünchen
Eschenbach i. d. OPf.	Landkreise Eschenbach i. d. OPf. und Kemnath
Nabburg	Landkreise Nabburg und Ober- viechtach
Neumarkt i. d. OPf.	Stadt und Landkreis Neumarkt i. d. OPf.
Neunburg vorm Wald	Landkreis Neunburg vorm Wald
Neustadt a. d. Waldnaab	Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab, Stadt Weiden
Parsberg	Landkreis Parsberg
Regensburg	Stadt und Landkreis Regensburg
Riedenburg	Landkreis Riedenburg
Roding	Landkreis Roding
Sulzbach-Rosenberg	Landkreis Sulzbach-Rosenberg
Tirschenreuth	Landkreis Tirschenreuth
Vohenstrauß	Landkreis Vohenstrauß

D. Regierungsbezirk Oberfranken

Bamberg	Stadt und Landkreis Bamberg
Bayreuth	Stadt und Landkreis Bayreuth
Coburg	Stadt und Landkreis Coburg
Ebermannstadt	Stadt Neustadt b. Coburg
Forchheim	Landkreis Ebermannstadt
Höchstadt a. d. Aisch	Stadt und Landkreis Forchheim
Hof	Landkreis Höchstadt a. d. Aisch
Kronach	Stadt und Landkreis Hof
Kulmbach	Landkreis Kronach
Lichtenfels	Stadt und Landkreis Kulmbach
Münchberg	Landkreise Lichtenfels und Staffelstein
Naila	Landkreis Münchberg
Pegnitz	Landkreis Naila
Rehau	Landkreis Pegnitz
Stadtsteinach	Landkreis Rehau, Stadt Selb
Wunsiedel	Landkreis Stadtsteinach
	Landkreis Wunsiedel, Stadt Marktredwitz

E. Regierungsbezirk Mittelfranken

Ansbach	Stadt und Landkreis Ansbach
Dinkelsbühl	Landkreis Dinkelsbühl
Eichstätt	Stadt und Landkreis Eichstätt
Erlangen	Stadt und Landkreis Erlangen
Feuchtwangen	Landkreis Feuchtwangen
Fürth	Stadt und Landkreis Fürth
Gunzenhausen	Landkreis Gunzenhausen
Hersbruck	Landkreis Hersbruck
Hilpoltstein	Landkreis Hilpoltstein
Lauf (Pegnitz)	Landkreis Lauf (Pegnitz)
Neustadt a. d. Aisch	Landkreis Neustadt a. d. Aisch
Nürnberg	Stadt Nürnberg
Nürnberg	Landkreis Nürnberg
Rothenburg ob der Tauber	Stadt und Landkreis Rothenburg ob der Tauber
Scheinfeld	Landkreis Scheinfeld
Schwabach	Stadt und Landkreis Schwabach
Uffenheim	Landkreis Uffenheim
Weißenburg i. Bay.	Stadt und Landkreis Weißenburg i. Bay.

F. Regierungsbezirk Unterfranken

Alzenau i. UFr.	Landkreis Alzenau i. UFr.
Aschaffenburg	Stadt und Landkreis Aschaffenburg
Bad Kissingen	Stadt und Landkreis Bad Kissingen
Bad Neustadt a. d. Saale	Landkreis Bad Neustadt a. d. Saale
Brückenau	Landkreis Brückenau
Ebern	Landkreis Ebern
Gemünden	Landkreis Gemünden
Gerolzhofen	Landkreis Gerolzhofen
Hammelburg	Landkreis Hammelburg
Haßfurt	Landkreis Haßfurt

Amtssitz	Amtsbezirk
Hofheim i. UFr.	Landkreis Hofheim i. UFr.
Karlstadt	Landkreis Karlstadt
Kitzingen	Stadt und Landkreis Kitzingen
Königshofen	Landkreise Königshofen i. Grabfeld und Mellrichstadt
i. Grabfeld	Landkreis Marktheidenfeld und Lohr a. Main
Marktheidenfeld	Landkreis Marktheidenfeld und Lohr a. Main
Miltenberg	Landkreis Miltenberg
Obernburg	Landkreis Obernburg
Ochsenfurt	Landkreis Ochsenfurt
Schweinfurt	Stadt und Landkreis Schweinfurt
Würzburg	Stadt und Landkreis Würzburg

G. Regierungsbezirk Schwaben

Augsburg	Stadt Augsburg
Augsburg	Landkreise Augsburg, Friedberg und Schwabmünchen
Dillingen a. d. Donau	Stadt und Landkreis Dillingen a. d. Donau
Donauwörth	Landkreis Donauwörth
Füssen	Landkreis Füssen
Günzburg	Stadt und Landkreis Günzburg
Illertissen	Landkreis Illertissen
Kaufbeuren	Stadt und Landkreis Kaufbeuren
Kempten (Allgäu)	Stadt und Landkreis Kempten (Allgäu)
Krumbach (Schwaben)	Landkreis Krumbach (Schwaben)
Lindau (Bodensee)	Stadt und Landkreis Lindau (Bodensee)
Marktoberdorf	Landkreis Marktoberdorf
Memmingen	Stadt und Landkreis Memmingen
Mindelheim	Landkreis Mindelheim
Neuburg a. d. Donau	Stadt und Landkreis Neuburg a. d. Donau
Neu-Ulm	Stadt und Landkreis Neu-Ulm
Nördlingen	Stadt und Landkreis Nördlingen
Sonthofen	Landkreis Sonthofen
Wertingen	Landkreis Wertingen

Verordnung

über Anforderungsbehörden nach dem Bundesleistungsgesetz

Vom 18. Dezember 1956

Auf Grund des § 1 Abs. 1 Satz 2 der Rechtsverordnung über Anforderungsbehörden nach dem Bundesleistungsgesetz vom 16. November 1956 (BGBl. I S. 858) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

(1) Anforderungsbehörden gemäß § 5 Abs. 1 und § 77 des Bundesleistungsgesetzes vom 19. Oktober 1956 (BGBl. I S. 815) sind unbeschadet des § 5 der Rechtsverordnung über Anforderungsbehörden nach dem Bundesleistungsgesetz vom 16. November 1956 (BGBl. I S. 858) für das Gebiet der Landkreise die Landratsämter als Staatsbehörden.

(2) Die Zuständigkeit der kreisfreien Gemeinden nach § 1 Abs. 1 Satz 1 der Rechtsverordnung über Anforderungsbehörden nach dem Bundesleistungsgesetz vom 16. November 1956 (BGBl. I S. 858) bleibt unberührt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 15. Dezember 1956 in Kraft.

München, den 18. Dezember 1956

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Wilhelm Hoegner

Verordnung

zur Änderung der Bekanntmachung über die Vertretung des Bayerischen Staates als Drittschuldners bei Forderungspfändungen

Vom 18. Dezember 1956

Auf Grund Art. 43 Abs. 1 und Art. 55 Nr. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaates Bayern erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

§ 2 der Bekanntmachung über die Vertretung des Bayerischen Staates als Drittschuldner bei Forderungspfändungen vom 11. November 1933 (GVBl. S. 438) erhält folgende Fassung:

„§ 2 (1) Als Drittschuldner von Ansprüchen auf Herausgabe oder Leistung körperlicher Sachen wird der Bayerische Staat in den im § 1 Abs. 1 vorgesehenen Fällen (§ 846 ZPO) vertreten:

1. durch die Hinterlegungsstelle, wenn die Sache nach der Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 (RGBl. I S. 285) hinterlegt ist;
 2. in allen sonstigen Fällen durch die Behörde, aus deren Erklärung, Handlung oder Unterlassung (§ 1 Abs. 1 der Verordnung vom 8. August 1950 — GVBl. S. 115) der Anspruch auf Herausgabe oder Leistung der Sache hergeleitet wird.
- (2) Die in Abs. 1 genannten Stellen haben nach Zustellung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses oder nach Zustellung der Benachrichtigung von einer bevorstehenden Pfändung die Stelle, bei der sich die Sache befindet, auf dem schnellsten Weg von der Zustellung zu benachrichtigen.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft.
München, den 18. Dezember 1956

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Wilhelm Hoegner

Verordnung

über die Entschädigung für reblausverseuchte Weinberge

Vom 18. Dezember 1956

Auf Grund § 6 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung der Reblaus, vom 6. Juli 1904 (RGBl. S. 261) in der Fassung der Verordnung vom 16. März 1933 (RGBl. I S. 134) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die nach dem Reblausgesetz aus der Staatskasse geschuldeten Entschädigungen für vernichtete Rebanlagen in einem Wiederaufbaugebiet können an die den gemeinschaftlichen Wiederaufbau durchführende rechtsfähige Körperschaft, der die geschädigten Winzer angehören, geleistet werden. Sie sind von dieser auf die Kostenbeitragssschuld der Winzer in Höhe ihres Entschädigungsanspruchs anzurechnen.

§ 2

Der Vollzug dieser Verordnung obliegt dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über den Wiederaufbau reblausverseuchter Gemarkungen vom 2. Juni 1938 (GVBl. S. 199) außer Kraft.

München, den 18. Dezember 1956

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. Wilhelm Hoegner

Verordnung

zur Ausführung des Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern

Vom 17. Dezember 1956

Auf Grund des Art. 109 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. Februar 1952 (GVBl. S. 39) und des Art. 24 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz) in der Fassung vom 23. Juli 1955 (GVBl. S. 154) wird folgendes verordnet:

§ 1

Staatliche Aufgaben

(1) Staatliche Aufgaben im Sinne des Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LKRO) sind die Verwaltungsaufgaben, die dem Landratsamt als Staatsbehörde nach den jeweils bestehenden Rechtsvorschriften obliegen.

(2) Zu den staatlichen Aufgaben im Sinne des Abs. 1 zählen auch die dem Landratsamt als Versicherungsamt (§§ 36 ff. der Reichsversicherungsordnung) für das Gebiet der unteren Verwaltungsbehörde obliegenden Aufgaben.

§ 2

Einrichtungen, Verwaltungsaufwand

Die von den Landkreisen nach Art. 53 Abs. 2 LKRO zur Verfügung zu stellenden Einrichtungen entsprechen dem Verwaltungsaufwand für die Erledigung der Aufgaben des Landratsamtes als Staatsbehörde. Unter Verwaltungsaufwand sind die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten (Personalaufwand und Sachaufwand) zu verstehen

Umfang des Verwaltungsaufwands

(1) Der Umfang der Verwaltungsaufwands bestimmt sich nach den Bedürfnissen einer ordnungsgemäßen Verwaltungsführung.

(2) Die Verpflichtung der Landkreise zur Leistung des Verwaltungsaufwands tritt nicht ein, soweit der Staat den Verwaltungsaufwand für die Erledigung staatlicher Aufgaben des Landratsamtes nach den Vorschriften der Landkreisordnung oder nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften selbst trägt. Diese trifft insbesondere zu für

1. den Personalaufwand der nach Art. 37 Abs. 3 LKRO dem Landratsamt zugeteilten Staatsbeamten,
2. den Aufwand zur Befriedigung von Haftungsansprüchen gegen den Staat nach Art. 35 Abs. 3 und Art. 37 Abs. 5 LKRO,
3. den Verwaltungsaufwand der Flüchtlingsämter,
4. den Verwaltungsaufwand der Ausgleichsämter.

§ 4

Personalaufwand

Zum Personalaufwand (§ 2) zählen

1. die Dienstbezüge der Beamten, die Vergütungen der Angestellten und die Löhne der Arbeiter,
2. die Unterhaltszuschüsse und Unterhaltsbeihilfen,
3. Unterstützungen und Beihilfen,
4. Beschäftigungsvergütungen und Trennungsschädigungen,
5. Ausgaben für Unfallfürsorge,
6. Kosten der Nachversicherung bei Ausscheiden ohne Ruhegehalt,
7. Abfindung und Übergangsgelder,
8. Ruhegehälter,
9. Witwen- und Waisengelder,
10. die Kosten der Aus- und Fortbildung,
11. die Kosten von dienstlich angeordneten Vorstellungstourneen und
12. Umzugskostenvergütungen, Umzugskostenbeihilfen und Reisekostenvergütungen bei Versetzung und Abordnung.

§ 5

Sachaufwand

Der Sachaufwand (§ 2) umfaßt alle sonstigen Ausgaben, soweit sie nicht zum Personalaufwand im Sinne des § 4 zählen, insbesondere

1. die Bereitstellung der Diensträume und der üblichen Nebenräume in einem jederzeit benutzungsfähigen Zustand,
2. die Beschaffung, Unterhaltung und Ergänzung der Geräte, Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände,
3. die Kosten für Geschäftsbedürfnisse (Vordrucke und Formulare, Schreib- und Zeichenbedarf, Druck- und Buchbinderarbeiten, Kranzspenden und Kosten für Nachrufe),
4. die Kosten von Bekanntmachungen,
5. die Kosten für den Büchereibedarf,
6. Post- und Fernmeldegebühren, einschließlich der Kosten für Fernmeldeanlagen, Rundfunkgebühren,
7. die Beschaffung und Unterhaltung der Dienstfahrzeuge,
8. Reisekostenvergütungen, Fahrgelder und Frachtkosten,
9. Gebühren und Auslagen für Sachverständige und Gutachter,
10. Gerichts- und ähnliche Kosten, soweit sie anlässlich der Erledigung staatlicher Aufgaben beim Landratsamt selbst anfallen,
11. die Erstattung von Verwaltungskosten und Kosten der Amtshilfe,
12. die Kosten des Verwaltungszwangs und der Ersatzvornahme,
13. Zuschüsse zur Gemeinschaftsküche,
14. Verlustentschädigungen.

§ 6

Ersatz des Verwaltungsaufwands

(1) Für die Erledigung der staatlichen Aufgaben erhalten die Landkreise Ersatz nach dem Finanzausgleichsgesetz. Durch Kostenermittlungen, die in der Regel alle 3 Jahre durchgeführt werden, wird festgestellt, ob und inwieweit die Höhe des Ersatzbetrages zu ändern ist.

(2) Die Landkreise, bei deren Landratsamt ein gemeinsames Versicherungsamt errichtet ist (§ 36 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung), erhalten die Beiträge der beteiligten kreisfreien Städte zu den Kosten gemeinsamer Versicherungsämter.

§ 7

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 14. Februar 1952 in Kraft.

(2) Hinsichtlich des § 5 Nr. 1 hat es mit der bis zum 31. März 1956 geübten Handhabung sein Bewenden, es sei denn, daß die Erstattung des Verwaltungsaufwandes durch den Staat in den Rechnungsjahren 1954 und 1955 die tatsächlichen Aufwendungen eines Landkreises übersteigt. In diesem Fall ist für die Rechnungsjahre 1954 und 1955 für die in staatlichen Gebäuden zur Erledigung staatlicher Aufgaben zur Verfügung gestellten Räume Miete in Höhe des die tatsächlichen Aufwendungen des Landkreises übersteigenden Erstattungsbetrages, höchstens aber die ortsübliche, rechtlich zulässige Miete zu zahlen.

München, den 17. Dezember 1956

Bayer. Staatsministerium des Innern
Dr. Geislhöringer, Staatsminister

Bayer. Staatsministerium der Finanzen
Zietsch, Staatsminister

Bekanntmachung

über die Aufhebung der Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes über gebührenpflichtige Verwarnungen durch die Polizei

Vom 17. Dezember 1956

Die Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes über gebührenpflichtige Verwarnungen durch die Polizei vom 7. März 1952 (GVBl. S. 101) wird im Einvernehmen mit den Staatsministerien der Justiz, der Finanzen und für Wirtschaft und Verkehr aufgehoben.

Die erforderlichen Verwaltungsvorschriften über die Verhängung gebührenpflichtiger Verwarnungen durch die Polizei werden durch Entschließung des Staatsministeriums des Innern erlassen.

München, den 17. Dezember 1956

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Dr. Geislhöringer, Staatsminister

Bekanntmachung

zum Vollzug der Verordnung über das Schornsteinfegerwesen

Vom 13. Dezember 1956

Zum Vollzug der Verordnung über das Schornsteinfegerwesen vom 28. Juli 1937 (RGBl. I S. 831) und der Ausführungsanweisung (AAVOSch) hierzu vom gleichen Tage (RGBl. I S. 841) wird bestimmt:

1. Behörden

(§§ 1 und 52 Abs. 1 VOSch — Nr. 1 AAVOSch)

(1) Höhere Verwaltungsbehörden sind die Regierungen, untere Verwaltungsbehörden die Landratsämter und die kreisfreien Städte.

(2) Über den nach §§ 20, 21 GewO zulässigen Rekurs gegen den Widerruf der Bestellung zum Bezirksschornsteinfegermeister entscheidet das Verwaltungsgericht (§§ 22, 26, 35, 38 Abs. 2 VGG — GVBl. 1946 S. 281 — und Art. 4 Nr. 11 der AusfVO zum VGG — GVBl. 1946 S. 291).

(3) Soweit in der VOSch (mit Ausnahme des Falles nach § 28 Abs. 2) eine Ausnahmegenehmigung durch den „Reichswirtschaftsminister“ vorgesehen ist, wird diese Zuständigkeit auf Grund Art. 83 und 84 GG vom Bayer. Staatsministerium des Innern wahrgenommen.

2. Kehrbezirke

(§§ 2 bis 5 u. 37 VOSch)

(1) Der Umfang der Kehrbezirke soll möglichst auf die Mitarbeit der Kehrbezirkseinhaber unter Mithilfe eines Gesellen abgestellt werden. Bezirke mit zwei Gesellen können in besonderen Fällen vorgesehen werden, insbesondere, wenn der Kehrbezirk durch weite Streuung ländlicher Siedlungen und weite Anmarschwege oder infolge erschwelter Bearbeitung durch örtlich bedingte Verhältnisse eine stärkere arbeitsmäßige Besetzung erforderlich macht oder es sich um höherwertige Kehrbezirke im Sinne des Abs. 3 handelt.

(2) Kehrbezirke können in einzelnen Fällen auch außerterminlich neu eingeteilt werden, wenn besondere Verhältnisse vorliegen, die eine sofortige Änderung erfordern, insbesondere wenn Kehrbezirke den Voraussetzungen des § 2 VOSch nicht mehr annähernd entsprechen und eine Zurückstellung bis zur nächsten allgemeinen Neueinteilung gemäß § 5 VOSch untunlich erscheint.

(3) Die Zahl der Kehrbezirke mit höherem Einkommen soll 6% der Gesamtbezirke des Regie-

rungsbezirks nicht überschreiten. Eine Abweichung von dieser Norm bedarf der Zustimmung des Bayer. Staatsministeriums des Innern.

(4) Realrechtsbezirke unterliegen wie die Konzessionsbezirke den Vorschriften des § 5 VOSch (Bay. VGH vom 22. 12. 1936 — Sammlung 58 S. 37 und Bay. OLG vom 15. 1. 1950 — Reg. I Nr. 183/29).

3. Kehrordnung und

Kehrgebührenordnung

(§§ 7 bis 9 u. 29 VOSch — Nr. 4, 9 bis 12 AAVOSch)

(1) In der Kehrordnung und Kehrgebührenordnung sind die kehrpflichtigen Anlagen im einzelnen zu bestimmen. Kehrpflichtige Anlagen sind die Anlagen, die der Bezirksschornsteinfegermeister in bestimmten wiederkehrenden Zeitabständen (Kehrfristen) zu reinigen hat. Hierher gehören insbesondere: Kamine, Feuerzüge und Rauchableitungen der Malz- und Hopfendarren und der kleingewerblichen Trockenanlagen, gemauerte Rauchkanäle, Räucher- kammer, häusliche Backöfen, Dampfkesselschorn- steine, Abgasschornsteine und Abgasrohre, die Ableitungen von Ölfeuerungen und unbeweglichen Öl- motoren sowie Turmkamine (-schornsteine) mit den zugehörigen Rauchkanälen und sonstige Schorn- steine.

Turmschornsteine usw. sind jährlich mindestens einmal durch den Schornsteinfegermeister zu über- prüfen und auf Grund des Prüfungsergebnisses nach Bedarf zu reinigen. Kann ein solcher Schornstein wegen besonderer Betriebsumstände nicht bestiegen und besichtigt werden, so hat der Schornsteinfeger dies der unteren Verwaltungsbehörde anzuzeigen, die dann einen Zeitpunkt für die Besichtigung und im Bedarfsfalle für die Reinigung festsetzt.

(2) Auf Antrag des Eigentümers oder der sonst Berechtigten können freistehende Fabrikschorn- steine von der Pflicht der Untersuchung und Reini- gung durch den Schornsteinfeger von der unteren Verwaltungsbehörde, gegebenenfalls unter Vorbe- halt des Widerrufs, befreit werden, wenn amtliche Sachverständige durch Prüfung und längere Beob- achtung feststellen, daß eine Gefährdung oder Be- lästigung der Umgebung nicht entsteht. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn durch Vorkeh- rungen zur Rauchverhütung der Rußansatz auf ein geringes Maß beschränkt wird oder durch den natürlichen Zug im Schornstein eine Selbstreinigung erfolgt, so daß eine Selbstentzündung und ein er- heblicher, die Nachbarschaft gefährdender oder be- lästigender Funken- und Rußauswurf verhindert wird. Als Sachverständige kommen in Frage: Sach- verständige für Heizungsfragen oder für das Schorn- steinfegerwesen, die von der zuständigen Regierung nach dem Gesetz über öffentlich bestellte und be- eidigte Sachverständige vom 11. 10. 1950 (GVBl. S. 219) öffentlich bestellt und beeidigt worden sind. Der Technische Überwachungsverein München und die Bayer. Versicherungskammer — Bayer. Landes- brandversicherungsanstalt — München sollen mög- lichst nur als Obergutachter in Zweifels- und Streitfällen beansprucht werden.

(3) Reinigungsarbeiten, die nur von dem Bezirks- schornsteinfegermeister oder seinen Gesellen aus- geführt werden dürfen, sind: Die Reinigung und das Abziehen der kehrpflichtigen Anlagen sowie das Ausbrennen und Ausstreichen der Kamine und Rauchrohre. Die Roh- und Gebrauchsbauabnahme darf nur vom Bezirksschornsteinfegermeister selbst ausgeführt werden. Für die Landeshauptstadt Mün- chen bleibt es bei der bisherigen Regelung.

(4) Die zulässigen, auf Verlangen der Feuerstätt- besitzer vorzunehmenden Gunstarbeiten (Neben- arbeiten), die nicht zu den kehrpflichtigen Arbeiten gehören, sind in den Kehrordnungen näher zu be-

stimmen. Auch für solche nichtkehrpflichtige Ar- beiten gelten die Bestimmungen der Kehrordnung. Die Einnahmen hieraus sind mindestens zur Hälfte, in München voll, auf das Roheinkommen anzu- rechnen.

(5) Zur Neuerlassung oder Änderung der Kehr- ordnungen und Kehrgebührenordnungen ist die Stellungnahme des Bayer. Landesamts für Feuer- schutz in München, Pünderplatz 5, einzuholen.

4. Bewerberlisten

(§§ 10 bis 18 VOSch — Nr. 13 bis 24 AAVOSch)

(1) Die Bewerberlisten werden bei den Regierun- gen für den Regierungsbezirk geführt. Die Aufstel- lung einer einheitlichen Bewerberliste für mehrere Listenbezirke bleibt vorbehalten.

(2) Der Rang in der Bewerberliste richtet sich nach dem Tag der Meldung zur Ablegung der Mei- sterprüfung, die der Bewerber bestanden hat. Als günstigster Rangstichtag kann jedoch nur der Tag nach Ableistung der normalen Vorbereitungszeit (derzeit 3 Lehr- und 5 Gesellenjahre) festgesetzt werden. Einer Prüfungsanmeldung vor Erfüllung der normalen Vorbereitungszeit zur Prüfung kann demnach keine Wirkung zukommen. Lagen der Prü- fungsanmeldung nicht alle Unterlagen bei, so ist der Tag des Eingangs der letzten Meldungsunter- lage bei der Prüfungskommission maßgebend.

(3) Ist ein Bewerber vor oder während der Prü- fung zurückgetreten, so darf die Anmeldung zu der nichtabgelegten Prüfung bei Bestimmung des Rang- stichtages nicht herangezogen werden.

Hat ein Bewerber die Meisterprüfung erst im Wiederholungsfalle bestanden, so gilt nicht der Tag der Meldung zur ersten Prüfung als Rangstichtag, sondern der Tag der zweiten Meldung für die Wie- derholungsprüfung oder, falls eine solche nicht vor- liegt, das Datum der Einladung der Handwerks- kammer zur Wiederholungsprüfung oder falls auch letzteres nicht zutrifft, der Tag der Ablegung der Wiederholungsprüfung. Der Rangstichtag kann in diesen Fällen nicht vor dem Prüfungstag der nicht- abgelegten oder nichtbestandenen Meisterprüfung liegen.

(4) Fälle, in denen zwischen Prüfungsanmeldung und Prüfungsablegung ein auffallend großer zeit- licher Zwischenraum besteht, bedürfen einer beson- ders sorgfältigen Überprüfung.

(5) Bei Anrechnung von Dienstzeiten nach § 10 Abs. 5 VOSch, um die der Rangstichtag zurückver- legt werden kann, ist der ursächliche Zusammen- hang zwischen diesen Pflichtdienstzeiten und der vom Bewerber nicht zu vertretenden Verzögerung der Prüfung unter Berücksichtigung der Mög- lichkeit einer etwaigen Prüfungsbeurlaubung sorgfältig zu prüfen. Solche Pflichtdienstzeiten sind nicht in jedem Falle voll anzurechnen, sondern nur insoweit, als der Bewerber durch sie an der Ablegung der nächstmöglichen nach Beginn des Pflichtdienstes angesetzten Prüfung behindert war, unter Berück- sichtigung einer Vorbereitungszeit bis zu einem Jahr zu der nach Entlassung aus dem Pflichtdienst erstmals fälligen Prüfung. Hierzu ist jeweils fest- zustellen, wann die nächstmögliche Prüfung nach dem Tag des Beginns sowie der Beendigung des Pflichtdienstes bzw. nach Beendigung der 8jährigen Vorbereitungszeit tatsächlich stattfand.

Die Verpflichtung als Berufssoldat ist als Berufs- wechsel im Sinne des § 14 Abs. 1 Nr. 6 VOSch anzusehen.

(6) Bewerber, die wegen Erreichung des 55. Le- bensjahres nach § 22 Abs. 1 Nr. 5 VOSch nicht mehr bestellt werden können, sind in die Bewerberliste nicht mehr aufzunehmen oder, soweit sie bereits eingetragen sind, zu streichen. Dies gilt nicht für

die Wiedereintragung nach § 15 Abs. 1 Satz 1 VOSch und für die nach §§ 47, 48 VOSch widerrufenen Bezirksschornsteinfegermeister.

(7) Die zeitliche Zurücksetzung nach § 13 VOSch erfolgt in der Weise, daß die tatsächlich fällige Bestellung zum Bezirksschornsteinfegermeister um die Zeit der Zurücksetzung verzögert wird. Einer Änderung des Rangstichtages oder der Rangfolge in der Bewerberliste (abgesehen von einer entsprechenden Vormerkung in der Bemerkungsspalte über die Zurücksetzung) bedarf es nicht.

5. Nachschau bei Vertretungen (§ 32 VOSch)

In Fällen, in denen Kehrbezirke längere Zeit hindurch von Stellvertretern geführt werden (z. B. bei länger dauernden Erkrankungen, Untersagung der Berufsausübung, in Realrechtsbezirken), ist auf Grund des allgemeinen Aufsichtsrechts und der Aufsichtspflicht (Nr. 51 AAVOSch) nach Ablauf eines Jahres alsbald eine Nachschau in sinnvoller Anwendung von §§ 23 Abs. 2, 40 und 41 VOSch durchzuführen und festzustellen, ob die Stellvertreter den an sie in Bezug auf Feuersicherheit und eine ordnungsmäßige Arbeitsleistung und Geschäftsführung zu stellenden fachlichen Anforderungen genügen. Die Nachschau kann bei Vorliegen einer nichtordnungsgemäßen Geschäftsführung nach einem angemessenen Zeitabstand wiederholt werden. Die Kosten der Nachschau trägt analog Nr. 32 Abs. 1 Satz 2 AAVOSch der Kehrbezirkseinhaber.

6. Feuerstättenschau und Feuerbeschau

(§ 27 Abs. 1 Satz 2 u. § 33 Nr. 2 u. 4 VOSch — Nr. 43 u. 44 AAVOSch)

Die Feuerstättenschau nach § 33 Nr. 2 VOSch und die Brandverhütungsschau (Feuerbeschau) nach § 33 Nr. 4 VOSch und § 2 Abs. II Buchst. a der Verordnung über die Feuerbeschau vom 9. 12. 1936 (GVBl. 1936 S. 237) sind öffentliche Pflichtaufgaben des Bezirksschornsteinfegermeisters. Diese Aufgaben können Gesellen nicht übertragen werden. Die Feuerstättenschau ist unentgeltlich vorzunehmen. Die Entschädigung der Mitglieder der Feuerbeschaubeammission richtet sich nach den Bestimmungen der Verordnung über die Feuerbeschau.

7. Versicherung (§§ 28 u. 55 VOSch)

(1) Die Versorgungskasse für Witwen und Waisen bayerischer Kehrbezirkseinhaber (Art. 55—57 des Bayer. Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen vom 7. Dezember 1933 — GVBl. S. 467 —) ist mit dem 1. Oktober 1952 in die „Versorgungsanstalt der deutschen Bezirksschornsteinfegermeister“ bei der Bayer. Versicherungskammer München aufgegangen. Für die Versorgung der Witwen und Waisen der Kaminkehrergesellen und Stellvertreter gelten bis zur anderweitigen Regelung die Vorschriften in Art. 58 und 59 des Bayer. Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen weiter.

(2) § 21 Abs. 1 und 2 der Verordnung über das Kaminkehrwesen vom 16. 6. 1930 (GVBl. S. 173) ist insoweit überholt und unabwendbar geworden.

(3) Die Satzung der Versorgungsanstalt der deutschen Bezirksschornsteinfegermeister ist im Bundesanzeiger Nr. 93 vom 19. 5. 1933, die Satzung der Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen mit Bek. der Bayer. Versicherungskammer vom 18. 6. 1956 im Bayer. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 13 (S. 108) veröffentlicht.

8. Zugehörigkeit zur Feuerwehr (§§ 11 Nr. 6 und 31 VOSch — Nr. 40 AAVOSch)

(1) Der Listenbewerber hat die aktive Mitgliedschaft in der Feuerwehr nachzuweisen.

(2) Von einer Anwendung der Bestimmung in § 11 Nr. 6 VOSch ist abzusehen, wenn der Schornsteinfegermeister aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, der Feuerwehr nicht angehören kann.

(3) § 31 VOSch und Nr. 40 AAVOSch sind nur im Rahmen der jeweils geltenden besonderen Bestimmungen über die Teilnahme am Feuerwehrdienst anzuwenden. Die in Art. 6 Abs. 2 des Gesetzes über das Feuerlöschwesen vom 17. 5. 1946 (GVBl. S. 297) und § 3 Abs. 7 der Ausführungsverordnung hierzu vom 24. 7. 1950 (GVBl. S. 112) festgesetzte Altersgrenze ist auch für Bezirksschornsteinfegermeister maßgebend.

9. Voraussetzungen der Bestellung zum Bezirksschornsteinfegermeister (§ 22 Abs. 1 Nr. 4 VOSch)

Die mindestens 10jährige praktische Berufstätigkeit (einschl. der Lehrjahre und der Zeit des Arbeits- und Wehrdienstes) braucht nicht unmittelbar vor der Bestellung liegen. Dem Erfordernis des § 22 Abs. 1 Nr. 4 VOSch ist genügt, wenn der Bewerber insgesamt mindestens 10 Jahre lang das Schornsteinfegerhandwerk, ohne längere Unterbrechung als jeweils ein Jahr zwischen den einzelnen Beschäftigungszeiten im Beruf, praktisch ausgeübt hat. Nach einer längeren als einjährigen Unterbrechung beginnt die 10jährige Frist vom Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Berufstätigkeit bei einem Bezirksschornsteinfegermeister neu zu laufen.

10. Führung des Kehrbuches (§ 35 VOSch — Nr. 46 AAVOSch)

Das zu Nr. 46 AAVOSch als Anlage 5 abgedruckte Muster zur Führung des Kehrbuches ist wegen der zu erfassenden Gunstarbeiten für bayerische Verhältnisse nicht ausreichend. Die Regierungen haben unter Zugrundelegung des als Anlage abgedruckten Musters für ihren Bereich ein den gegebenen Notwendigkeiten Rechnung tragendes Kehrbuchmuster einzuführen, dessen Form im Benehmen mit der Schornsteinfegerinnung oder dem Landesinnungsverband festzulegen ist. Voraussetzung ist, daß alle Einnahmen aus Pflicht(Haupt)arbeiten und Gunst-(Neben)arbeiten, wie sie zur Beurteilung des Geschäftseinkommens als Grundlage für die Kehrbezirkseinteilung gemäß § 2 Abs. 4 VOSch erforderlich sind, nachprüfbar erfaßt werden.

Ausnahmsweise und probeweise kann mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung die Führung der Kehrbücher in Form von Karteien (Schicht- oder Schuppenkarteien) zugelassen werden. Die Genehmigung ist von der Führung einer durchnummerierten „Grundliste“ abhängig zu machen; sie dient als Nachweis, daß sämtliche Gebäude des Kehrbezirks für Kontrollzwecke erfaßt und die Karteiblätter lückenlos vorhanden sind. Der Grundliste kommt die Eigenschaft eines Hauptbuches zu. Als weitere Auflage ist zu fordern, daß die Jahresergebnisse der einzelnen Karteikarten in einer Gesamtzusammenstellung erfaßt und aufaddiert werden.

11. Ordnungsstrafen

(§§ 42, 43 u. 44 VOSch — Nr. 54 AAVOSch)

Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 25. 3. 1952 (BGBl. I S. 177) findet auf die als Disziplinarstrafen zu wertenden Geldstrafen der §§ 42, 43, 44 VOSch keine Anwendung. Die Gelder aus Ordnungsstrafen fließen ausschließlich in die Kasse der Schornsteinfegerinnung.

12. Stellvertretung

während des Nutzungsjahres und bei Dienstunfähigkeit infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen

(§ 46 Abs. 4 VOSch — Nr. 58 AAVOSch und § 47 Nr. 6 mit § 54 Abs. 2 VOSch)

(1) Die Berechtigten sind in sinngemäßer Anwendung des § 32 VOSch und der Nr. 41 AAVOSch verpflichtet, aus der Bewerberliste B einen Stellvertreter zu bestellen und die Bestellung der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Die Aufsichtsbehörde hat auf Grund ihrer Aufsichtspflicht zu prüfen, ob der Bestellte die beruflichen und rechtlichen Voraussetzungen zur Bestellung erfüllt. Unterläßt der Berechtigte die Anzeige oder macht er von seinem Beststellungsrecht keinen Gebrauch, so bestellt die Aufsichtsbehörde auf Kosten des Berechtigten einen Stellvertreter.

(2) Die allgemeinen Bestimmungen der VOSch sind, soweit einschlägig, auf die Stellvertreter im Sinne der §§ 46 Abs. 4 und 47 Nr. 6 mit § 54 Abs. 2 VOSch entsprechend anzuwenden.

(3) Das Rechtsverhältnis zwischen dem Berechtigten und dem Stellvertreter ist durch einen Arbeitsvertrag zu regeln. Die Verpachtung des Kehrbezirks an den Stellvertreter ist unzulässig.

13. Untersagung der Berufsausübung (§ 50 VOSch)

Der Umfang der Untersagung der Berufsausübung nach § 50 VOSch bzw. der Umfang der Rechte des Stellvertreters ist im Untersagungsbescheid im einzelnen festzulegen. Dem Stellvertreter kann, je nach Lage der Falles, insbesondere auch die Einziehung und die Verwaltung der gesamten Einnahmen aus dem Kehrbezirk, die Abführung der Pflichtausgaben und die Führung des Kehrbuches übertragen werden.

14. Realrechtsbezirke

(1) In der Frage der Ablösung der Realrechte ist es zu einer positiv-rechtlichen Regelung bisher nicht gekommen. Die Realrechte bleiben bis zu ihrer tatsächlichen Auflösung mit allen sich daraus ergebenden Eigentumsrechten bestehen (Art. 14 GG).

(2) Der Inhaber eines Realrechtsbezirks bedarf zur Geschäftsausübung der Ermächtigung der Regierung. Diese darf nur erteilt werden, wenn der Realrechtsinhaber selbst ausübender Kaminkehrermeister ist und die Voraussetzungen in § 11 Nr. 1,

2, 3, 6 und 7 sowie § 22 Abs. 1 Nr. 2 und 4 VOSch erfüllt. Die Ermächtigung erlischt mit dem Verlust seines Rechts (Veräußerung), desgleichen, wenn der Realrechtsinhaber den Kehrbezirk aus eigenem Verschulden nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist übernimmt. Für die Entziehung der Ermächtigung gelten die §§ 45, 47, 48 VOSch entsprechend.

(3) Übernimmt der berufsausübende Inhaber den Realrechtsbezirk nicht oder sucht er trotz Aufforderung nicht um die Ermächtigung nach, so hat die Regierung einstweilen einen Stellvertreter aus der Bewerberliste B zu bestellen.

(4) Ein Realrechtsinhaber, der zur Ausübung seines Rechtes ermächtigt ist, kann einen Konzessionsbezirk nicht zugewiesen erhalten (vgl. § 4 Abs. 2 VOSch).

(5) Für einen freigewordenen Realrechtsbezirk, dessen Inhaber nicht die Voraussetzungen für die Bestellung als Bezirksschornsteinfegermeister erfüllt, oder wenn das Realrecht einer Personenmehrheit (Mitinhaberschaft, Erbengemeinschaft) gehört, ist von der Regierung nach Anhörung des oder der Inhaber ein Geschäftsführer aus der Bewerberliste B zu bestellen. Er soll den Anforderungen des § 22 Abs. 1 Nr. 2—5 VOSch genügen. Berechtigte Wünsche der Realrechtsinhaber sind bei der Auswahl tunlichst zu berücksichtigen. Gehört ein Schornsteinfegermeister zur Mitinhaberschaft (Teilhaber), so kann diesem die Stellvertretung übertragen werden oder er kann im Einverständnis mit den Mitberechtigten zur Ausübung des Realrechts ermächtigt werden. Die Zustimmung der Mitberechtigten ist schriftlich festzulegen.

15. Aufhebung bisheriger Vorschriften (§ 57 Abs. 2 VOSch)

Die Vollzugsbekanntmachung vom 4. 5. 1935 (GVBl. S. 423) sowie die Bekanntmachungen vom 16. 7. 1935 Nr. 3752 ca 9 (GVBl. S. 527) 7. 3. 1938 Nr. 3752 ca 23 (GVBl. S. 117) 6. 7. 1938 Nr. 3852 ca 45 (GVBl. S. 252) 17. 7. 1939 Nr. 3752 ca 38 (GVBl. S. 248)

werden aufgehoben.

München, den 13. Dezember 1956

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Dr. Geislhöringer, Staatsminister